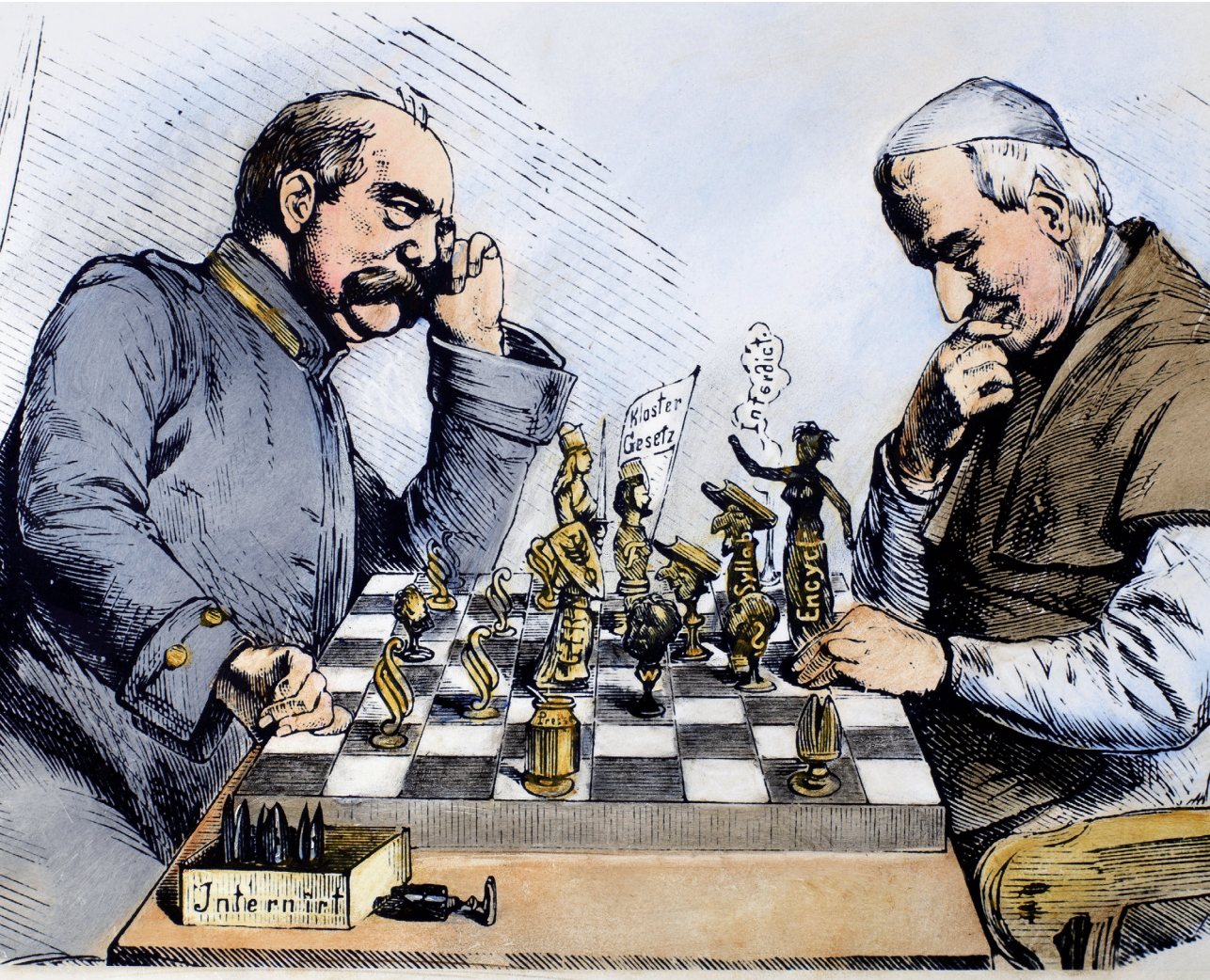




Eppelborner Heimathefte

Nr. 22
November 2025



Förderkreis für Heimatkunde
und Denkmalspflege e.V.
Eppelborn

EPPELBORNER HEIMATHEFT 2025/2026

Beiträge zur Heimatgeschichte
von Bubach-Calmesweiler, Dirmingen, Eppelborn, Habach,
Hierscheid, Humes, Macherbach und Wiesbach

Herausgegeben
vom Förderkreis für Heimatkunde
und Denkmalpflege e.V. Eppelborn

Umschlagsbilder:

Titelseite

Karikaturistische Darstellung des Kulturkampfes: Bismarck und Papst Pius IX. beim Schachspiel

Rückseite

Diakonissinnen von Kaiserswerth bei der Vorratshaltung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausgabe Nr. 22-2025/2026:

Michael Bonner, Bodo Bost, Roman Fixemer, Birgit Herold, Maria Jochem †, Sandra Jungen, Frank Klein, Hans Peter König, Hans Günther Maas, Arno Meiser, Dr. Werner F. Morgenthal, Franz Josef Schäfer, Bernhard Schorr, Maria Sieger

Für die finanzielle Unterstützung bei der Drucklegung danken wir der Stiftung Kultur-
gut Gemeinde Eppelborn.

Herausgeber:	Förderkreis für Heimatkunde und Denkmalpflege e.V. Eppelborn www.fhd-eppelborn.de
Redaktion:	Hans Günther Maas
Konzept, Layout, Realisation:	Holz Marketing, Hellbergstraße 50, 66571 Eppelborn Telefon 0 68 81 / 96 25 25
Druck:	Ralf Anschütz Grafik, Layout und Druck, Hirtenbergstraße 31 66557 Illingen
Copyright:	Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Verwendung der Texte und Bilder nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Spuren von Bismarcks Kirchenkampf in Eppelborn

Bodo Bost 4 - 19

Die Humeser Familie Rech und Robert Schuman

Bodo Bost 20 - 47

Aus der Frühgeschichte der Grube Göttelborn

Hans Günther Maas 48 - 52

Der Strom kommt – die Anfangsjahre der Elektrizitätsversorgung von Wiesbach

Roman Fixemer 53 - 60

Der Sekundenfresser

Aus dem Leben des Johann Josef Michels, 1895 bis 1925 Lehrer in Eppelborn
Sandra Jungen 61 - 67

Dirmingens Volksschulen unter nationalsozialistischer Herrschaft (1935-1945)

Dr. Werner F. Morgenthal 68 - 90

80 Jahre nach Kriegsende

Ergänzende Informationen zu den Fliegerangriffen im Raum Eppelborn
Hans Günther Maas 91 - 97

Als Flak-Helferin im Kriegseinsatz

Maria Jochem † – Bearbeitet und kommentiert von Maria Sieger 98 - 100

70 Jahre Gesundheitspädagogik für Mutter und Kind im Landheim Wiesbach (1931-2002)

Hans Peter König 101 - 111

Der Brühlpark in Dirmingen

Frank Klein 112 - 117

Die ehemalige Kirche St. Pius X. Calmesweiler-Macherbach

Franz Josef Schäfer 118 - 124

Gesellschaft im Wandel – Von der Ev. Kirchengemeinde Dirmingen zur Ev. Kirchengemeinde St. Wendel-Illtal

Werner F. Morgenthal 125 - 127

Katholische Jungschar, wertvoll, schön und spannend

Eine Jugendbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg in Eppelborn
Michael Bonner 128 - 131

Geschichte des Obst- und Gartenbauvereins Eppelborn e.V.

Teil 1 – Aus den Beschlussbüchern von 1899 bis 1959
Bernhard Schorr / Birgit Herold 132 - 146

Eisebahngleck

Arno Meiser 147

Spuren von Bismarcks Kirchenkampf in Eppelborn

Bodo Bost

Mit der »Blutschwitzerin« Elisabeth Flesch aus Speicher, welche 1875 in Eppelborn und Umgebung, und auch in den USA und Australien die Gemüter erregte, kam es ein Jahr vor den „Erscheinungen von Marpingen“ 1876 zu einer Episode des Bismarckschen Kirchenkampfes. Der Trierer Bischof, Matthias Eberhard (1815-1876), der zu den am härtesten verfolgten Bischöfen im preußischen Kulturkampf gehörte, weil er sich staatlichen Eingriffen in kirchliche Angelegenheiten verweigert hatte, konnte bei beiden Ereignissen nicht intervenieren, wie es nötig gewesen wäre. Er saß zwischen 1874 und 1876 im Gefängnis und starb kurz nach seiner Entlassung.

Im 19. Jahrhundert vollzogen sich größte Umwälzungen der Gesellschaft in allen Bereichen. Mit der Industrialisierung und dem Auftreten der Massenarmut, der Massenauswanderung und dem Kampf um Modernismus und Autokratie in Kirche und Politik entstanden ganz neue, vorher unbekannte gesellschaftliche Konfliktfelder. Es kam zu immer mehr Differenzen zwischen Religion und Wissenschaft, Glaube und Vernunft. Die deutsche Romantik, die mit dem Allroundgenie Goethe (1749-1832) begann, war ein letzter Versuch, so etwas wie eine „Einheit der Welt“ zu schaffen. Die Romantiker hatten es geschafft, seit 1814 den seit der Reformation



Der Kölner Dom um 1840

ruhenden Dombau von Köln, wieder aufzunehmen. Auslösendes Element war eine Vision des 31jährigen Kölner Romantikers Sulpiz Boiserée (1783-1854). Anhand seiner Vision wurde auf dem Dachboden eines Darmstädter Gasthauses die Hälfte eines uralten Fassadenrisses des Kölner Doms gefunden. Die Vision wurde Wirklichkeit, in 50 Jahren war der Dom, eines der Wahrzeichen Deutschlands, fertiggestellt. Kaum jemand hätte noch daran geglaubt, der Baukran aus dem 15. Jahrhundert gehörte bereits zur Stadtsilhouette, an seine Stelle traten dann die beiden Türme des Doms.

Ähnlich war es bei den Visionen der Katharina Emmerick (1774-1824). Der liberale kath. Koblenzer Aufklärer, Märchensammler und Romantiker Clemens Brentano (1778-1842), ein Freund Goethes und Görres, hatte von 1818-1824 sechs Jahre am Krankenbett der Ordensfrau Anna Katharina Emmerick in Dülmen verbracht und hatte die Visionen der mit den Wundmalen Christis versehenen Frau aufgeschrieben. In diesen Visionen sah sie auch das „Haus der Mutter Gottes“ in Ephesus in Kleinasien, das 50 Jahre später Archäologen anhand der Aufzeichnungen von Brentanos fanden und identifizierten. Jeder Papst, der seitdem in die Türkei reiste, hat diesen Ort besucht. Katharina Emmerick wurde 2004 durch Papst Johannes Paul II. seliggesprochen.

Während der Romantik konvertierten viele Menschen zur kath. Kirche. Mitte des 19. Jahrhunderts strotzte die kath. Kirche in Deutschland vor neuer Kraft und Selbstbewusstsein. Überall entstanden Vereine und kath. Fakultäten, aber auch Sozialarbeit, alte Wallfahrten und Klöster wurden wiederbelebt. Die neue Kraft der kath. Kirche verwirrte vor allem die seit 1815 neuen preußischen Herren im überwiegend kath. Rheinland, wo sich mit der rheinischen Romantik sogar eine gesamtgesellschaftliche Strömung mit dem kirchlichen Aufbruch verband.

Der preußische Staat begann in den „Kölner Wirren“ die kath. Kirche in einem ersten Versuch anzugreifen, indem er die Bischöfe zu schwächen suchte, was nicht gelang. Im Gegenteil, seit 1848 entstanden die Katholikentage, die von kath. Laien organisiert wurden, um die Bischöfe aus dem politischen Schussfeld zu nehmen. Charismatische Bischöfe wie Emmanuel von Ketteler (1811-1877) in Mainz führten die Erneuerungsbewegung an. In Rom war seit 1846 Papst Pius IX. im Amt. Er stammte aus einer römischen Adelsfamilie und war der letzte Papst, der im Kirchenstaat zur Welt kam und auch dort zunächst residierte. Er galt zunächst als Liberaler, aber bereits in seiner ersten Enzyklika, noch 1846, sprach er von einem Kampf der Kirche gegen die „Mächte der Finsternis“. In dieser Sicht versteifte er sich immer mehr, rief 1870 das 1. Vatikanische Konzil ein, das mit dem Dogma der Unfehlbarkeit dem Papst mehr Macht gab als je zuvor ein Papst besaß. Eine gefährliche Konstellation.

Der zweite Angriff gegen die kath. Kirche wurde unter dem deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck seit 1872 mit dem Kulturkampf ausgeführt. Er warf der kath. Kirche ihre Abhängigkeit von Rom (Ultramontanismus), also einer fremden Macht, vor. Mit der deutschen Einigung von 1871 stand auch Bismarck auf dem Zenit seiner Macht, auch der Kaiser, der in Koblenz eine seiner Sommerresidenzen hatte und sich dort unter dem Koblenzer kath. Adel sehr wohl fühlte, konnte ihn nicht mehr daran hindern. Das Kaiserhaus musste, wie heute der Bundespräsident, für alle Deutschen da sein, Bismarck dagegen war Führer der nationalliberalen Partei, die den Reichstag dominierte.



Karikaturistische Darstellung des Kulturkampfes: Bismarck und Papst Pius IX. beim Schachspiel

Am 21. Mai 1872 wurde als Selbsthilfverein gegen den Kulturkampf in Mainz der „Mainzer Katholikenverein“ gegründet. Mit ihm hatte sich der deutsche politische Katholizismus eine Organisation geschaffen, die die „Verteidigung der Freiheit und Rechte der katholischen Kirche“ auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Am 8. Juli 1872 trat der „Mainzer Verein“ mit einem Aufruf „An die Katholiken Deutschlands“ erstmalig an die Öffentlichkeit. Darin wurden alle katholischen Männer zur Verteidigung und Abwehr der kirchenfeindlichen Bestrebungen in Staat, Presse und Öffentlichkeit aufgerufen. Nach dem Wahlspruch „für Gott und Vaterland“ sollten die Katholiken ihre Stimmen auch politisch zur Geltung bringen und die katholischen Interessen bei den Regierungen einfordern. Man protestierte gegen die Politik der Nationalliberalen und den „Protestantenverein“.¹⁾

Die Verbindung des „Mainzer Vereins“ mit dem Zentrum, der 1870 gegründeten politischen Interessenvertretung der Katholiken im Reichstag und in den Landesparlamenten einerseits und mit den katholischen Lokalvereinen andererseits, war von Anfang an sehr eng. Der größte Teil der Gründungsmitglieder des Vereins gehörte auch der Zentrumsparterie an. In immer mehr Ortschaften entstanden katholische Lokalvereine, Bürgervereine, Casinos usw.. Als Redner traten auf den Versammlungen vor allem der junge Klerus und Abgeordnete der Zentrumsparterie auf.

Die kath. Restauration in vielen Ländern hatte auch den Papst gestärkt. Pius IX. krönte das längste Pontifikat der Papstgeschichte 1870 mit dem ersten Konzil seit 300 Jahren. Das Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes war das Ergebnis des 1. Vatikanischen Konzils. Die deutschen und österreichischen Bischöfe hatten das Dogma zwar abgelehnt und Rom vor der Abstimmung verlassen, aber sie setzten es danach in ihren Diözesen um. Professoren, die sich nicht daran hielten, wie Bollmann in Braunsberg oder Dollinger in München wurden exkommuniziert. Eine „altkatholische“ Kirche, die von den Liberalen unterstützt wurde, strebte eine von Rom losgelöste Nationalkirche an. Ihr Zentrum war die neue preußische Universität Bonn.

Im März 1872 wurde durch das Schulaufsichtsgesetz den Kirchen die Schulaufsicht entzogen und staatlichen Schulinspektoren übertragen. Als im Mai 1872 Bismarck vor dem Reichstag erklärte: „Nach Canossa gehen wir nicht“, eskalierte der Kulturkampf. Damit war klar, dass Bismarck eine Unterordnung der Kirche unter den Staat anstrebte. Am 04.07.1872 folgte das Jesuitengesetz; das die Gesellschaft Jesu und „die ihr verwandten Orden und ordensähnlichen Kongregationen“ aus dem Reichsgebiet verwies. Das Jesuitengesetz überdauerte fast die Monarchie, denn es wurde erst 1917 wieder aufgehoben.

Im Jahre 1873 folgten die Maigesetze, die die Priesterausbildung unter die Kontrolle des Staates stellte. Mit dem Attentat gegen Bismarck im Juli 1874 durch einen „ultra-

1) Zur Geschichte des Protestantenvereins: H. Hohlwein, Deutscher Protestantenverein, in: Religion in Geschichte und Gegenwart / RGG 5, 3. Aufl., Tübingen 1961, Sp. 645-647.

montanen“ katholischen Gesellen in Bad Kissingen erreichte der Kulturkampf einen ersten Höhepunkt. Jetzt regte sich der Protest des kath. Kirchenvolkes immer mehr, nicht nur auf dem Land. Auch Teile der katholischen Arbeiterschaft legten aus Protest gegen die Kulturkampfmaßnahmen ihre Arbeit nieder. Das katholische Presse- und Vereinswesen und das Zentrum, weniger Rom, bildeten das Rückgrat des Widerstandes. In Rom verkündete Papst Pius IX., der längst seinen Kirchenstaat verloren hatte, am 5. Mai 1875 die Enzyklika „Quod nunquam“, mit der er den Kulturkampf verurteilte und sich gegen die Maigesetze aussprach. Den verhafteten Priestern und Bischöfen versprach er seinen Beistand. Damit war der Höhepunkt des Kirchenkampfes erreicht.

Erst nach dem Tode von Papst Pius IX. 1878 schwächte sich der Kulturkampf wieder ab. Bismarck hatte erkannt, dass die Kulturkampfgesetze die katholische Zentrums-
partei nicht geschwächt, sondern gestärkt hatten.²⁾

Die Kulturkampfzeit war jedoch auch eine Zeit großen kath. Aufbruchs. Im September 1875 gründete der Münsteraner Priester Arnold Janssen zusammen mit dem Luxemburger Priester Peter Bill in Steyl in Holland die Gesellschaft des Göttlichen Wortes, die Steyler Missionare, den größten deutschen Orden. 1852 hatte in Köln der Gesellenvater Adolf Kolping bereits das größte Gesellenhilfswerk weltweit gegründet, das deutsche Auswanderer zusammen mit den Raiffeisen Genossenschaften als Modell mit nach Amerika nahmen. Raiffeisen war Protestant, aber für die weltweite Umsetzung seiner Ideen sorgten die Jesuiten.

Der „Eppelborner Hokuspokus“

Im Jahre 1875 schaffte es Eppelborn dank einer „Blutschwitzerin“ (als Stigmata gedeutete Blutungen) und Heilerin in die nationalen und internationalen Medien. Den Namen dieser Frau, Elisabeth Flesch (*22.02.1826 † 09.10.1889) aus Speicher bei Trier kennt heute niemand mehr, aber damals schaffte sie es auf viele Titelseiten. Im bekannten Satireheft „Kladderadatsch“ wurde sogar eine Karikatur über sie angefertigt, die sie neben einem preußischen Polizisten mit dem Gesicht des Reichskanzlers Bismarck zeigt. Diese Karikatur zierte im Jahre 2021 auch die Titelseite eines von Tine Van Osselaer in den USA herausgegebenen Buches mit dem Titel: „The Devotion and Promotion of Stigmatics in Europe, ca. 1800-1950. Between Saints and Celebrities“ (Die Verehrung und Förderung der Stigmatisierung in Europa, ca. 1800-1950. Zwischen Heiligen und Berühmtheiten).



Das Quissel von Eppelborn bei seiner Verhaftung.
(In der Zeitschrift „Kladderadatsch“ vom 7. November 1875)

2) Kulturkampf, in: Kalenderblatt vom 5. Februar 2025, Deutschlandradio.

The Devotion and Promotion of Stigmatics in Europe, c. 1800–1950

Between Saints and Celebrities

Tine Van Osselaer

in collaboration with
Andrea Graus, Leonardo Rossi & Kristof Smeyers



BRILL

Cover des von Tine Van Osselaer in den USA herausgegebenen Buches

Am 17. August 1875 meldete die liberale „Illinois Staats-Zeitung“, die in Chicago zwischen 1848-1922 einmal pro Woche erschien, auf Seite 3:

„Der Versuch, eine deutsche Auflage des Lateau-Schwindels zu etablieren, wurde gegen Ende des Monats Juni in einem Dorfe nahe bei Saarbrücken-St. Johann gemacht; die Herrlichkeit hat jedoch nur kurze Zeit gedauert. Der Hergang war folgender: Um die angegebene Zeit wollte in Eppelborn ein nicht mehr junges Frauenzimmer plötzlich Inspirationen verspüren, auch des Freitags Blut zu schwitzen. Die „Gläubigen“ vernahmen diese Freudenmähr mit großer Genugtuung, und pilgerten alsbald Männer wie Weiber in hellen Haufen nach der „Gnadenstätte“, um sich Rath zu erholen wegen ihres Seelenheils, oder Erkundigungen über das Schicksal verstorbenen Angehöriger einzuziehen. Sie brachten auch Kinder zum Handauflegen und knieten sogar vor der Alten nieder, um sich den Segen geben zu lassen. Für alle diese Guttaten zahlten sie natürlich Geld, zu Vorteil, davon schweigt die Mähr, allein die kläglichen Resultate der allsonntäglich in vielen katholischen Kirchen der Saargegend zu Gunsten der Geistlichen, denen das Staatsgehalt gesperrt ist, veranstalteten Collecten lassen unschwer vermuten, wohin die für den Eppelborner Hokuspokus vereinnahmten Scherflein geflossen sind. Leider versiegte die Quelle dieser Einnahme sehr bald. Am 29. Juni wurde nämlich neben der Kirche zu Eppelborn folgende Bekanntmachung angeschlagen:“

„Pfarrgenossen! Um weiterem geistigen und leiblichen Schaden vorzubeugen, bitte ich Euch durch eine amtliche Stellung hierzu verpflichtet, dringend und mit an mir gewohnter offener Sprache: Glaubt nicht an verrückte alte Weiber, selbst dann nicht, wenn sie angeblich Freitags Blut schwitzen und in Entzücken gerathen, 1000 selbst 2000 Thaler haben und in Palästen wohnen könnten. Alles das ist krasser Aberglaube und Wahnsinn, der ins Narrenhaus führt; sich vor einem solchen alten Weibe aber gar niederknien und den heiligen Segen geben zu lassen, ist Schändung der Menschenwürde und Gotteslästerung, mögen solche alten Weiber von gewisser Seite auch noch so sehr in Schutz genommen werden.

„Pfarrgenossen! Um weiterem geistigen und leiblichen Schaden vorzubeugen, bitte ich Euch durch eine amtliche Stellung hierzu verpflichtet, dringend und mit an mir gewohnter offener Sprache: Glaubt nicht an verrückte alte Weiber, selbst dann nicht, wenn sie angeblich Freitags Blut schwitzen und in Entzücken gerathen, 1000 selbst 2000 Thaler haben und in Palästen wohnen könnten. Alles das ist krasser Aberglaube und Wahnsinn, der ins Narrenhaus führt; sich vor einem solchen alten Weibe aber gar niederknien und den heiligen Segen geben zu lassen, ist Schändung der Menschenwürde und Gotteslästerung, mögen solche alten Weiber von gewisser Seite auch noch so sehr in Schutz genommen werden.

Eppelborn, den 20. Juni 1875.

Der Bürgermeister. gez. Schwan.“

„Der Blutschwitzerin wurde Hausarrest erteilt, die Verzückung und das Blutschwitzen sollen aufgehört haben. Die Intervention des nationalliberalen Bürgermeisters von Eppelborn hatte sich als probat erwiesen, man wünschte nur, dass mit dem

„belgischen Liesel“ auch so verfahren würde“. hieß es weiter in dem Zeitungsbericht. Mit Liesel war die Mystikerin und Stigmatistin Louise Lateau (1850-1883) aus Belgien gemeint, die in dieser Zeit weltweit Aufsehen erregte.

Drei Monate später erschien in derselben Zeitung, die sich damals auf einen Bericht der liberalen Kölner Zeitung berief, ein weiterer Artikel, in dem von einem Prozess gegen die „Schwindlerin“ berichtet wird:

„Vor einiger Zeit meldete ich Ihnen, daß in dem im Kreise Ottweiler gelegenen Dorfe eine Nachahmung des Lateauschwindels versucht und nur durch das energische Einschreiten des dortigen Bürgermeisters Schwan im Keime erstickt worden sei, indem die betreffende Frauensperson ins Gefängnis gesteckt wurde. Gestern stand dieselbe nun vor den Schranken des Zuchtpolizeigerichts, um sich wegen Betrugs zu verantworten. Ihr Wirth war der Beihilfe angeklagt. Die angeblich Blut schwitzende Dame ist 49 Jahre alt, aus Speicher bei Trier gebürtig und heißt Elisabeth Fleisch; ihr Antlitz ist nichts weniger als anziehend, ihr Teint schwarzbraun. Sie hat sich in ihren früheren Lebensjahren, ob gleich sie nach Angabe des Bürgermeisters in ihrer Heimath viel mit Geistlichen verkehrt, keineswegs durch besondere Sittenstrenge ausgezeichnet, so daß ihr des Nachts einmal von den Bewohnern Speichers eine Katzenmusik gebracht wurde. Früher war sie Wollkratzerin, und verlegte sich in letzter Zeit auf Umherziehen und das Heimsuchen von Pfarrhäusern. Ihr jetziger Spottname in ihrem Heimatsorte ist „das Quisel“, d.h. Bettschwester. Sie hatte sich im Juni bei dem Wirthe Jakob Spaniol in Eppelborn einquartiert, wollte Freitags Blut schwitzen, Vergangenes und Zukünftiges wissen, Krankheiten heilen, ja. sogar durch die Luft bis nach Berlin fliegen können. Sie hatte viel Zulauf, und ihr Ansehen erhöhte sich bedeutend dadurch, daß der Caplan des Ortes, Kickertz, viel mit ihr verkehrte und ihr fast täglich das Abendmahl brachte. Der Pastor des Ortes, Müller, wußte nichts von dem volle 10 Tage dauernden Schwindel, und trat ihm, als er Kunde davon erhielt, durch Predigt und Privatgespräche entgegen und berichtete auch an den Bischof. Wer weiß, was aus der Komödie aber noch geworden wäre, wenn der Bürgermeister „das Quisel“ nicht arretirt hätte, ein Unterfangen, dem der Herr Caplan durch die Drohung: „Wenn Sie die arme Person fortbringen, gibt es Krawall“, ein Ende zu machen suchte, jedoch ohne Erfolg. Durch die Verhandlung vor dem Zuchtpolizeigericht wurde erwiesen durch 47 Zeugen und 2 Sachverständige, daß Dame Fleisch Blutungen simulirt, sich mit dem Schein des Wunderbaren zu umgeben versucht und die „Gläubigen“, welche nach Schluß der Audienz vor der „Heiligen“ niederknien mußten und von ihr gesegnet wurden, um ihr Geld betrogen hatte, wobei ihr der Wirth Spaniol, ein bigotter Katholik und bereits als Geschäftsführer des Mainzer Katholikenvereins einmal bestraft, Hülfe geleistet. Demgemäß wurde die Fleisch des Betrugs für überführt erachtet und auf Grund des § 363 des Strafgesetzbuchs zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt.“³⁾

Zwei Jahre nach dem Prozess gegen Elisabeth Fleisch fand auch ein Prozess vor dem Zuchtpolizeigericht in Saarbrücken gegen den Kaplan Nikolaus Kickertz statt, dem vorgeworfen wurde, während seiner Kaplanszeit in Speicher Fleisch angestachelt zu haben nach Eppelborn zu kommen. Dem Kaplan wurden auch unsittliche Handlungen und Beleidigungen gegen Pfarrer Peter Müller vorgeworfen. Er wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.⁴⁾

3) Illinois Staats-Zeitung, 23. November 1875.

4) Würzburger Journal vom 7. Dezember 1877, siehe auch: Australische Zeitung/Adelaide, South Australia, 23. Oktober 1877, Seite 10.

Bei der äußerlichen Beschreibung und Titulierung von Elisabeth Flesch, als Quisel, fühlt man sich schon auch an die unseligen Hexenprozesse des Mittelalters erinnert, an Stelle der Folter traten jetzt die Vorverurteilungen, diesmal durch die weltlichen Behörden. Der Bürgermeister gefiel sich in der Rolle des Inquisitors, Pfr. Müller durfte nur die Nebenrolle spielen, Verteidiger für die Quisel gab es offenbar nicht.



Pfarrer Peter Müller

Eppelborn gehörte zur Rheinprovinz, die eine vorwiegend katholische Bevölkerung hatte. Durch den Kulturkampf seit 1872 wurde der Aberglaubenvorwurf gegen die kath. Kirche durch liberale Kritiker der ultramontanen kath. Kirche, zu denen der Eppelborner Bürgermeister Eugen Schwan (*14.01.1833 in Fechingen †14.06.1895 in Hannover) sicher gehörte, funktionalisiert. Der Wirth Jakob Spaniol (1822-1895)⁵⁾, der in dem Presseartikel als „bigotter Katholik“ bezeichnet wird und auch sonst schlechtgemacht wurde, war als Geschäftsführer des Mainzer Katholikenvereins sicher auch Vertreter der kath. Zentrumsparterie vor Ort, die dem Bürgermeister politisch gefährlich werden konnte. Vielleicht war er das eigentliche Ziel des Ganzen?

Bürgermeister Eugen Schwan hatte es seit 1870 verstanden durch die Aufwertung der „Eppelborner Kaisereiche“, einer 600 Jahre alten etwa 16 Meter hohen per Treppen besteigbaren Eiche neben dem Rathaus, eine für die damalige Zeit große Attraktion zu schaffen, über die sogar in Amerika berichtet wurde.⁶⁾ Damit konnte er sicher bei der Bevölkerung punkten.⁷⁾ Aber das zeigt jedoch auch, dass auch Schwan, wie die alten Germanen, an die „Magie“ einer Eiche glaubte und so auch nicht frei war von Aberglauben.



Magische Praktiken hatten auch im Zusammenhang mit der Professionalisierung des Ärzteberufs und der damit verbundenen Zurückdrängung von Wunderheilern Hochkonjunktur. Auch Phänomene wie Magnetismus, Hypnose und Spiritismus waren damals entdeckt worden und waren sehr aktuell. Deshalb ist es aus heutiger Sicht unzulässig, abergläubische Praktiken

Die Kaisereiche in der Zeitschrift „Washington Journal“ vom 21. März 1891

5) Seine Eltern waren Franz Spaniol (1780-1838) und Anna Ruloff 1780-1858) aus Merchweiler, siehe: <https://gw.geneanet.org/steinbache?lang=de&n=spaniol&oc=7&p=jakob>, Zugriff vom 16.08.2025.

6) In luftiger Höhe“, in: Washington Journal. 21. März 1891, Seite 6.

7) Die Eiche wurde 1930 aus Sicherheitsgründen gefällt.

Die Humeser Familie Rech und Robert Schuman

Bodo Bost

Josef Rech (*2. März 1856, †2. Oktober 1919) aus Humes war als Bürgermeister von Sablon bei Metz und Mitglied des Oberhauses des Landtages von Elsass-Lothringen seit 1912 einer der Mentoren von Robert Schuman am Beginn von dessen politischer Laufbahn in Metz. Sein Sohn Maximilian Rech (*29. Mai 1886, †13. Dezember 1949), der Landrat von Ottweiler und St. Wendel war, begegnete Robert Schuman als Büroleiter von Gauleiter Bürckel in der NS-Zeit in Metz wieder.

Josef Rech, von Humes ins Reichsland Elsass-Lothringen

Josef Rech, der älteste Sohn des langjährigen Humeser Schulmeisters Peter Joseph Rech, hatte zunächst das Progymnasium in St. Wendel besucht und wechselte nach dem Anschluss von Elsass-Lothringen 1871 an das Gymnasium in Saargemünd. Dort fand er in dem damaligen Oberlehrer der Anstalt, dem späteren Dompropst von Trier, Dr. Franz Jakob Scheuffgen (1842-1907), einen Freund und Gönner, dem er lebenslang verbunden blieb. Scheuffgen war ab 1878 (bis 1886) als Direktor an das Bischöfliche Knabenseminar in Montigny bei Metz gewechselt. Er war persönlich befreundet mit Kaiser Wilhelm II., den er wahrscheinlich von der Rheinischen Ritterakademie in Bedburg kannte.¹⁾

Nach dem Abitur im Sommer 1876 in Saargemünd studierte Josef Rech an der 1872 gegründeten deutschen Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg Philologie. 1882 bestand er die Staatsprüfung für das Höhere Lehrfach. Seine erste Oberlehrerstelle fand er am bischöflichen Gymnasium in Montigny bei Metz, dessen Studiendirektor damals der Priester Franz Jakob Scheuffgen war, den er von Saargemünd kannte. Bischof von Metz war damals der sehr Frankreich freundliche Bischof Paul Georg Marie du Pont des Loges (1811-1886), Rech war einer der ersten Laien, die dort an dieser Ausbildungsstätte für zukünftige Priester eine Anstellung bekamen. Er unterrichtete Latein, Griechisch, Französisch und Deutsch. Die Schulsprache war Französisch.²⁾



Josef Rech

Josef Rech heiratete am 6. August 1885 im Straßburger Münster Louise Salome Schlotter (1860-1912), die Tochter eines Brauereibesitzers und Weinhändlers aus Straßburg-Neudorf. Sie hatten sich im Weinlokal der Brauteltern, wo Josef ab und

1) Barbara Janßen: Die Missionshäuser der SVD und der hl. Arnold Janssen. Dissertation, Universität Bonn 2017, S. 126.

2) Nicolas Hamant: Le Petit Seminaire de Montigny-lès-Metz. Impressions et Souvenirs. Guénange 1904.

an mit Freunden „einen Schoppen trank“, kennen gelernt. Louise, eine entfernte Verwandte des „Urwalddoktors“ Albert Schweitzer (1875-1965), die als französische Staatsbürgerin geboren wurde, trat mit ihrer Heirat vom Protestantismus zum Katholizismus über. Das Ehepaar bewohnte in der Kaiser-Wilhelm-Straße (heute Rue du XX. Corps Américain) in Metz/Sablon ein großes Haus mit Garten. Die Familie bekam drei Kinder:

Maximilian (1886-1949) absolvierte ein Jurastudium und verließ ebenso wie der Vater 1919 das Reichsland. Er war von 1920 bis 1945 Landrat des Kreises Ottweiler. Dorothea (1887-1955) war Lehrerin und mit dem Amtsrichter Guido Sedlmayer verheiratet. Sie starb 1955 in Mengen/Württemberg. Arnulf (1890-1914) studierte ebenso wie der Vater Philologie und fiel bereits 1914 als Unteroffizier in der Schlacht bei Ypern/Belgien.

Zum erweiterten Kreis der Familie gehörten auch die beiden Brüder von Josef Rech, die ebenfalls als Lehrer in Metz tätig waren. Johann (1858-1931) war verheiratet mit der Wirtstochter Anna Müller aus Wiesbach und hatte vier Kinder. Er zog nach dem Krieg nach Oberwesel und zuletzt nach Berlin-Wilmersdorf. Der jüngste Bruder, Jakob (1864-1916), war unverheiratet und starb bereits 1916 im Alter von 52 Jahren in Metz.



Jakob, Josef und Johann Rech (von links)

Über Rechts Ehefrau Louise berichtet die Familienchronik:

„Bedingt durch die berufliche Tätigkeit ihres Mannes und seine vielen Nebenämter gingen hier viele Freunde und Bekannte ein und aus. Da war eine gesellige, musisch veranlagte und tüchtige Hausfrau wie sie am richtigen Platz. Sie war der Mittelpunkt der Familie und eines großen Freundeskreises und führte das typische Leben einer Hausfrau in der damaligen Zeit, die sich um das Wohl und Wehe der Familie kümmerte und selbst möglichst keine Ansprüche hatte. Nachdem sie viele Jahre leidend war, starb sie im Alter von 52 Jahren an Wassersucht.“

Nach dem Tode seiner Frau (18. April 1912) führte eine Nichte Rechts den großen Haushalt.

Seit 1887 war der Rheinländer Adolf Fritzen (1838-1919), der spätere Bischof von Straßburg, als Nachfolger von Dr. Scheuffgen Leiter des kleinen Seminars in Montigny. Bischof von Metz wurde 1886 der Elsässer Franz Ludwig Fleck (1824-1899). Er war der 100. Bischof des Bistums Metz und wirkte von 1886 bis zu seinem Tod 1899.

Aus der Frühgeschichte der Grube Göttelborn

Hans Günther Maas

Von der Gründung der Grube Göttelborn 1887 bis zur Einstellung der Kohleförderung im Jahre 2000 waren Bergarbeiter aus Wiesbach und Humes in großer Zahl in Göttelborn beschäftigt.

Das Unternehmen hatte 1927 und auch 1948 mit mehr als 4500 Mitarbeitern die höchste Beschäftigtenzahl.¹⁾ Viele davon kamen aus den genannten Orten.



Wiesbacher und Humeser Bergleute um 1900 vor der Grube Göttelborn

In Wiesbach lebten 1927 418 Bergleute, in Humes 263. Damit waren in Wiesbach mehr als 70 % und in Humes mehr als 80 % der männlich Berufstätigen auf dem nahegelegenen Bergwerk beschäftigt.²⁾

50 Jahre später, im Jahre 1977, die Gesamtzahl der Beschäftigten hatte sich fast halbiert, waren noch 240 Mitarbeiter aus Wiesbach und 132 aus Humes in Göttelborn tätig. Mit 523 von insgesamt 2407 Arbeitern und Angestellten stellte die Gemeinde Eppelborn im Vergleich mit den anderen saarländischen Kommunen in dem genannten Jahr die weitaus meisten Mitarbeiter (21,7 %).³⁾ Daher scheint ein Blick in die Presseberichtserstattung zur Frühgeschichte des Bergwerks gerechtfertigt.

1) Saarbergwerke: Bergwerk Göttelborn, Vergangenheit und Gegenwart, 1887-1977, Saarbrücken 1977, S. 55 ff.

2) Gebrüder Hofer: Einwohnerbuch (Adressbuch) des Saargebietes 1927. Saarbrücken 1927, S. 407-410 und S. 414-418.

3) Saarbergwerke: Bergwerk Göttelborn, Vergangenheit und Gegenwart, 1887-1977, Saarbrücken 1977, S. 113 f.

Noch vor dem Anhauen der ersten beiden Schächte im Juli 1887 schrieb die Saarbrücker Zeitung:

„Die Anlage dieses Bergwerks wird für unsere Gegend von größter Wichtigkeit sein. Nicht nur dem armen Dörfchen Göttelborn, sondern auch den umliegenden Ortschaften wird diese neue fiskalische Grube Vorteile bringen. ...“ ⁴⁾

Im November 1892 war dann in der Zeitschrift „Bergmannsfreund“ Folgendes zu lesen:

„Stolz erhebt sich nun auf der Höhe, welche ehemals unter dem Namen Ruppertsberg oder Lufthöhe bekannt und berüchtigt war, die neue Grubenanlage Göttelborn. Der Ort, wo jetzt die Anlage liegt, wurde früher nur durch sehr schlechte, lehmige Wege mit den umliegenden Ortschaften verbunden. Infolgedessen hatte das Ackerland daselbst nur einen sehr geringen Wert. Bis 1860 galt die Rute nicht mehr als 2½ Sgr. [Silbergroschen]. Ein solches Plätzchen, um das sich fast niemand auf Gottes weitem Erdboden kümmerte, war so recht geeignet zum Sammelplatz für herumziehende Besenbinder, Korbmacher, Drehorgelspieler u. dergl. Hier bauten sich dieselben ein Hüttchen und nannten alsdann das Stückchen Land, auf welchem das Häuschen stand, ihr Eigentum. Zum Bauen wurde weder die Erlaubnis des Grundeigentums noch die der Ortspolizeibehörde nachgesucht. Einer der Landeigentümer hatte im Jahre 1867 Hafer auf seinem Acker gesät. Als er im Spätsommer kam, um zu ernten, fand er ein Hüttchen auf seinem Ackerstücke stehen. – Die Höhe war um eine Korbmacherfamilie reicher geworden. – Arbeit kannten diese Ansiedler nicht. Sie verließen sich hauptsächlich auf die Mildthätigkeit der Bewohner der benachbarten Dörfer. Da auch das Stehlen von Schafen u. dergl. keine Seltenheit war, kam die Lusthöhe mit ihrer eigentümlichen Einwohnerschaft gar bald in üblen Ruf und wurde von Fremden sorgfältig gemieden. Selbst vielen unserer Bergleute mag es damals, wenn sie über den Ruppertsberg zur Grubenarbeit mußten, etwas unheimlich zu Mute gewesen sein.

In der unmittelbaren Nähe einer solchen Nachbarschaft wurde im Mai 1887 die Grube hierselbst angehauen. Das erste was die junge Grube thun mußte, war die Anlage guter Verkehrswege. Zunächst wurde der Weg nach Merchweiler gebaut, darauf eine hübsche Straße nach Holz und Quierschied angelegt. Wenn nun noch Göttelborn durch einen Bergmannspfad mit dem Lummerschieder Weg verbunden sein wird, dann können alle hier arbeitenden Bergleute auf nahen und bequemen Wegen zu ihrem Wohnorte gelangen.

Obwohl die Grube Göttelborn seit ihrem Bestehen mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, so hat dieselbe doch rasche und erfreuliche Fortschritte gemacht. Es sind nun schon nahezu 800 Arbeiter hier beschäftigt. Die meisten derselben sind in Wiesbach, Wahlschied, Lummerschied, Uchtelfangen und Göttelborn wohnhaft. Alle Bergleute aus genannten Ortschaften, welche früher weit schlechtere und viel weitere Wege zur Grubenarbeit hatten, betrachten es als ein großes Glück, in Göttelborn Beschäftigung gefunden zu haben.

Die ganze Anlage ist sehr hübsch. Sämtliche Bauten sind nicht nur fest und dauerhaft, sondern erfreuen auch durch saubere und geschmackvolle Ausführung das Auge des Beschauers. Da liegt, so halb im Walde verborgen, die Front nach Sonnenaufgang gerichtet, die Wohnung des Herrn Werksdirigenten. Vor derselben liegen die übrigen Beamtenwohnungen und das Inspektionsgebäude. Etwas tiefer unten, am Nordabhange

4) Saarbrücker Zeitung vom 13. März 1887.

des Berges, befindet sich das eigentliche Werk, die Schächte. Die Eisenbahn, durch welche Göttelborn mit der Station Merchweiler verbunden wird, bietet Gelegenheit, die dem Schoße der Erde entrungenen Schätze in weite Ferne zu entsenden. Ganz bedeutende Unkosten verursachte die Wasserversorgung der Grube Göttelborn mit ihrem nunmehr fertiggestellten mächtigen Wasserbehälter im Kohlbachthale, welcher im „Bergmannsfreund“ ja schon eingehend besprochen wurde.

Daß man auf der neuen Grube auch Sorge trägt für gute Erziehung der jungen Bergleute und deren Weiterbildung in nützlichen Kenntnissen, davon legen die Werksschulen Zeugnis ab welche die Inspektion Göttelborn bereits in Wahlschied, Wiesbach und Merchweiler ins Leben gerufen hat. In Göttelborn selbst ist durch die Gründung einer Werksschuloberklasse befähigten jungen Bergleuten Gelegenheit geboten, sich für den Besuch der Steigerschule vorzubilden.

Wo an einem so verlassenem Orte ein neues Werk angelegt wird, da kann sehr leicht der Fall eintreten, daß gute Eßwaren nur sehr schwer zu haben sind oder doch übermäßig verteuert werden. Um dem vorzubeugen, haben Beamte und Bergleute sich einmütig zu einem Konsumverein zusammengethan, in welchem die Mitglieder die verschiedenartigsten Waren gut und billig beziehen können. Geistige Getränke werden in demselben nicht verabreicht. Zu loben ist dafür die Kaffeewirtschaft, in der man eine gute Tasse Kaffee schon für 3 Pfg. erhalten kann. Obwohl anfangs der Konsumverein in Göttelborn nur eine Filiale von demjenigen in Heinitz war, konnte er sich schon bald auf eigene Füße stellen und bezeugt durch seinen großen Warenabsatz, daß mit seiner Gründung einem wirklichen Bedürfnisse abgeholfen wurde.

Zum Schluß sei noch des so herrlich im Walde gelegenen Bergfestplatzes erwähnt. Mehrere Male wurden im verflossenen Sommer auf demselben Konzerte gegeben. Für dieses Jahr verbietet der gestrenge Herr Winter das fröhliche Leben auf diesem Platze. Wer aber von Euch Bergleuten der Umgegend sich im nächsten Sommer einen genußreichen Sonntag bereiten will, der benutze dann die Gelegenheit und besuche die Konzerte auf dem Festplatze in Göttelborn. Die schöne Musik und ein gutes Glas Bier, getrunken im kühlen Schatten des Waldes, wiegen die Mühen des Ganges nach der Höhe reichlich auf.“⁵⁾

Ein Jahr später schrieb die Saarbrücker Zeitung:

„Die Höhlenbewohner auf der Höh von Göttelborn sind im Schwinden begriffen. Infolge der steten Entwicklung der Grube Göttelborn herrscht hier ein wahrer Bienenfleiß. Die Werke klappern Tag und Nacht. Inmitten einer tätigen Umgebung fühlen sich die nichtstuhenden Tagediebe und lichtscheues Gesindel nicht wohl. Die Folge davon ist, dass von den ursprünglichen Höhlenbewohnern, welche nun einmal nicht arbeiten wollen, einer nach dem anderen den Wanderstab zur Hand nimmt. Die Schule von Göttelborn setzte sich vor vier Jahren noch zum größten Teil aus Kindern von Korbmachern, Drehorgelspielern, Schirmflickern und dergleichen zusammen. Heute dagegen zählt dieselbe 59 Kinder fleißiger Bergleute.“⁶⁾

Zur Fortbildung der Knappen wurden in den Bergarbeiterdörfern, wie oben beschrieben, bergmännische Werkschulen errichtet. So wurde auch in Wiesbach durch die Königliche Berginspektion Göttelborn 1891 eine solche Schule errichtet

5) Der Bergmannsfreund. Zeitung zur Unterhaltung und Belehrung der Bergleute 22 (1892), Nr. 76 vom 15. November 1892, S. 544 f.

6) Saarbrücker Zeitung vom 22. Dezember 1893.

und die Verwaltung dem Lehrer Johannes Scholl übertragen. Bis 1932 mussten alle jugendlichen Bergleute unter 18 Jahren diese Schule an vier Wochenstunden besuchen.⁷⁾

Zur besseren Erreichbarkeit der Arbeitsstelle wurde um 1900 auch ein befestigter Bergmannspfad von Wiesbach nach Göttelborn angelegt. 30 Jahre später, ab 1929, wurden erstmals Busse zum Transport der Bergarbeiter eingesetzt und damit den Knappen wesentliche Erleichterungen gewährt.⁸⁾

Zwei schreckliche Kriege brachten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Kohleförderung vorübergehend zum Erliegen. Nach Beendigung der Kriege wurden die Saargruben für ca. 15 bzw. 11 Jahre einer französischen Verwaltung unterstellt.

Verbesserte Abbauverfahren ermöglichten dem Unternehmen bis in die 50er Jahre eine ständige Steigerung der Fördermengen.

Ende der 50er Jahre führte die Kohlekrise zu ersten Rationalisierungsmaßnahmen und einer Drosselung der Fördermengen.



Auf Grund der hohen Beschäftigtenzahl dominierten Wiesbacher viele Jahre im Betriebsrat. Hier der Bundespräsident Carl Carstens am 26.11.1982 mit dem Betriebsratsvorsitzenden Konrad Stein (links) und dem Angestelltenvertreter Ernst Prinz (rechts) in Göttelborn.

7) Schmitz, Nikolaus: Ortsgeschichte von Wiesbach, Humes, Kutzhof, Lummerschied und Wahlschied. Saarbrücken 1936, S. 168.

8) Fläschner, Thomas / Stein, Peter: Im Interesse der Bergleute als auch der Grube. In: Eppelborner Heimatheft Nr. 21, S. 110-117.

Gleichwohl fanden noch ca. 40 Jahre viele Wiesbacher und Humeser Arbeit und Verdienst bei dem zuletzt Verbundbergwerk Göttelborn-Reden genannten Unternehmen.

Ende der 90er Jahre zeigte sich, dass die Grube trotz 220 Mio. Tonnen abbauwürdiger Kohlevorräte und 137 Kilometern Grubenräumen, keine Zukunftsperspektive hatte. Im Vergleich zu anderen Energieträgern war die Kohle aus Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Förderung wurde zum 1. September 2000 eingestellt.

Der Anfang der 90er Jahre gegrabene Schacht vier, dessen Fördergerüst 90 m in die Höhe ragt und die Bergarbeiter bis 1160 m tief in die Erde bringen konnte, wurde mit einem 70 m dicken Betonpfropfen verschlossen.



Der Schacht vier in Göttelborn, Symbol einer verfehlten Kohlepolitik.

Der Strom kommt – die Anfangsjahre der Elektrizitätsversorgung von Wiesbach

Roman Fixemer

In den Eppelborner Heimatheften Nr. 20 und 21 wurde die Geschichte des Aufbaus der Stromversorgungsnetze im Bereich der heutigen Gemeinde Eppelborn durch den Zweckverband Stromversorgung Weiherzentrale (ZV) eingehend beschrieben. Die Elektrizitätsversorgung von Wiesbach nimmt insofern eine Sonderstellung ein, da der Aufbau des dortigen Stromversorgungsnetzes im Unterschied zu allen anderen Gemeinden der ehemaligen Bürgermeisterei Eppelborn-Dirmingen nicht durch den Zweckverband, sondern von der Gemeinde Wiesbach selbst vorgenommen wurde.

Noch vor dem Ersten Weltkrieg hatte die Gemeinde Wiesbach mit der „Elektricitäts- und Gas-Vertriebsgesellschaft Saarbrücken AG“ (SVG) einen Konzessionsvertrag abgeschlossen, wonach der Aufbau des Stromnetzes durch die SVG erfolgen sollte. Das Saarbrücker Unternehmen hätte nach den ursprünglichen Planungen aus dem Jahre 1912 die Überlandversorgung in den preußischen Kreisen Saarbrücken, Ottweiler und St. Wendel aufbauen sollen, soweit die entsprechenden Städte und Landgemeinden nicht bereits anderweitig versorgt wurden. Die SVG kam allerdings nicht mehr dazu, innerhalb der vertraglich vereinbarten Frist mit dem Netzaufbau zu beginnen, zunächst in Folge anderer Prioritäten beim Aufbau ihrer Stromnetze und anschließend aufgrund der ab 1914 kriegsbedingt eingetretenen Personal- und Materialengpässe. Nach Kriegsende bemühte sich der Landrat von Ottweiler darum, das Thema Stromversorgung innerhalb seines Kreises wieder voranzubringen. Am 4. Dezember 1919 befasste sich der Gemeinderat Wiesbach mit den hierzu von ihm und von Direktor Wolf, Vorstandsmitglied der SVG, vorgestellten Überlegungen. Da sich die SVG aufgrund ihrer angespannten wirtschaftlichen Situation außer Stande sah, den Aufbau des Stromnetzes in Wiesbach komplett auf eigene Kosten vorzunehmen, wurde gefordert, dass die Gemeinde sich an den Kosten des Netzausbaus mit einem Beitrag von 50 Mark pro Lampe beteiligen müsse. Um das Projekt zu voranzubringen, beschloss der Gemeinderat auf die Forderung der SVG einzugehen und eine Anleihe von 100.000 Mark aufzunehmen. Ob der Zuschuss von 50 Mark pro Lampe ganz oder nur zu einem Teil an die Hauseigentümer weiter zu verrechnen war, sollte einer späteren Beschlussfassung des Gemeinderates vorbehalten bleiben.

Da trotz dieses Entgegenkommens seitens der Gemeinde die Bauarbeiten bis zum Sommer 1920 immer noch nicht in Angriff genommen worden waren, setzte sich die Gemeinde mit der Bergverwaltung in Verbindung, um die Möglichkeit des unmittelbaren Anschlusses von Wiesbach an das Kraftwerk Weiherzentrale zu erfragen. Die Bergverwaltung bot daraufhin mit Schreiben vom 18. Juni 1920 an, der Gemeinde Wiesbach den Strom direkt ab Kraftwerk Weiherzentrale zu liefern. Am 22. Juli 1920 trat der Gemeinderat von Wiesbach zusammen, um eine endgültige Entscheidung über die Zukunft der Stromversorgung zu treffen. Dr. Maximilian Rech nahm als kommissarischer Landrat von Ottweiler an dieser Sitzung teil. Die SVG hatte zwischenzeitlich ihre Forderung nach Kostenbeteiligung der Gemeinde auf einen „Übersteuerungszuschuss“ von 150.000 Mark erhöht. Angesichts der Tatsache, dass die SVG den Baubeginn von immer neuen Forderungen abhängig machte, fasste der Gemeinderat den Beschluss, das „Angebot“ der SVG – trotz des bestehenden Konzessions-

vertrages – abzulehnen und stattdessen den Aufbau des Stromversorgungsnetzes und dessen Anschluss an das Kraftwerk Weiherzentrale selbst in die Hand zu nehmen. Um sich die hierfür notwendige technische Expertise zu sichern, wurde weiterhin beschlossen, den Ingenieur Schießmann, Leiter der Kraft- und Wasserwerke aus Saarbrücken, zum technischen Berater der Gemeinde zu bestimmen. Schießmann wurde beauftragt, umgehend bei einigen leistungsfähigen Firmen Angebote für den Leitungsbau einzuholen.

Bereits am 8. September 1920 konnte sich der Gemeinderat mit den eingegangenen Angeboten befassen. Nach eingehender Erläuterung durch den technischen Berater Schießmann beschloss der Gemeinderat, das gesamte Bauvolumen, also sowohl den Bau der Fernleitung von der Weiherzentrale nach Wiesbach als auch den Aufbau des Ortsnetzes in Wiesbach einschließlich der beiden vorgesehenen Transformatorstationen, an die Firma Electra Mittelbaden GmbH, Rastatt, zu vergeben.

Die technische Ausführung der Stromversorgungsanlagen orientierte sich an dem Gebot einer strikten Sparsamkeit. Aufgrund der großen räumlichen Ausdehnung von Wiesbach und Mangelhausen mussten zwei Transformatorstationen errichtet werden: eine Station in der Nähe des Ortszentrums Wiesbach – im sog. „Mitteldorf“ – und eine zweite im Bereich der heutigen Sandbergstraße auf etwa halben Wege zwischen Ortszentrum Wiesbach und Mangelhausen. Als Standort für die Station im Ortszentrum wählte man ein Grundstück an der Brühlstraße im Bereich der Kreuzung mit dem Wiesbach. Beide Stationen wurden als Doppel-Holz-A-Mast-Stationen erbaut. Die Bauausführung mit Holzmasten wurde normalerweise nur für Provisorien oder Stationen untergeordneter Bedeutung gewählt, da Bauteile aus Holz – insbesondere bei einer nur unzureichenden Imprägnierung – nicht sehr beständig sind und damit bereits absehbar war, dass die Stationen nach relativ kurzer Standzeit ersetzt werden mussten. Die Trafostationen wurden jeweils mit einem Transformator mit der Übersetzung von 10.500 V auf 380/220 V und einer Leistung von 30 kVA ausgerüstet. Die Transformator-Oberspannung von 10.500 V ergab sich aus der von der Bergverwaltung ab Kraftwerk Weiherzentrale vorgegebenen Lieferspannung von 10.000 V.

Die 10-kV-Mittelspannungsleitung vom Kraftwerk Weiher bis nach Wiesbach wurde ebenfalls ausschließlich auf Holzmasten verlegt. Zum Einsatz kamen Maste mit einer Länge von 11 bzw. 12 m; damit ließ sich mit Rücksicht auf die Einhaltung des erforderlichen Bodenabstandes ein maximaler Mastabstand von ca. 80 m realisieren. Auf gerader Strecke wurden Einfach-Holzmaste verwendet, wobei man im Abstand von ca. 500 m jeweils Doppelmaste als Abspannpunkte einfügte. Dadurch sollte verhindert werden, dass es bei einem Mastumbruch zu einem Ausfall einer größeren Leitungsstrecke kommen würde. An den Kreuzungen mit Postfernspreitleitungen wurden Holz-A-Maste nach Vorschrift der Reichspost verwendet. Bei allen übrigen Straßenkreuzungen, in den Winkelpunkten der Leitung sowie als End- und Abzweigmaste kamen ebenfalls Holz-A-Maste zur Aufstellung. Die drei spannungsführenden Außenleiter bestanden aus Kupferseilen mit einem Querschnitt von 16 mm², die mittels Stützenisolatoren an den Masten befestigt wurden. Um die Gefahr von Blitzeinschlägen in die Leiterseile zu verringern, wurde zusätzlich ein Erdseil aus 25 mm² verzinktem Eisen über die Mastspitzen geführt, das an mehreren Stellen über 1 m² große Blechplatten zu erden war. In den Anschlussleitungen zu den beiden Transformatorstationen waren Streckentrennschalter einzubauen. Nach Vorgabe der Bergverwaltung musste der Anschluss an das Schaltfeld in der Weiherzentrale

über ein Erdkabel erfolgen. Vom Endmast der Freileitung verlegte man daher ein ca. 60 m langes eisenarmiertes Kupferkabel von 3 x 16 mm² Querschnitt und 10.000 V Betriebsspannung bis in das Kraftwerk.

Die Niederspannungs-Ortsnetze in Wiesbach und Mangelhausen wurden überwiegend auf Holzmasten ausgeführt. Die Verwendung von Dachständern sollte möglichst vermieden werden, da man Schäden an der Dachkonstruktion der häufig statisch nicht ausreichend dimensionierten Tragekonstruktion der Dächer befürchtete. Als Leitermaterial kam Kupfer zum Einsatz.

Zur Finanzierung der Baukosten nahm die Gemeinde Wiesbach bei der Kreissparkasse Saarbrücken eine Anleihe auf. Darüber hinaus wurde in der Gemeinderatssitzung am 21. Juni 1921 festgestellt, dass es sehr wünschenswert sei, „dass auch die Wiesbacher kapitalfähigen Einwohner sich an der Aufbringung der Baugelder beteiligen“ und bat „durch Ausgabe von Anteilscheinen das Nötige zu veranlassen.“

Die Baufirma Elektra sollte die Arbeiten ursprünglich bis zum 1. Januar 1921 fertigstellen. Diese Terminvorgabe erwies sich jedoch als zu ambitioniert, so dass sich die Inbetriebnahme bis zum 3. Mai 1921 verzögerte. Damit war Wiesbach allerdings immer noch der erste Ort in der Bürgermeisterei Eppelborn-Dirmingen, der über eine öffentliche Stromversorgung verfügte.

Die 10-kV-Freileitung von der Weiherzentrale nach Wiesbach führte über öffentliche Wege der Gemeinde Kutzhof. Diese Gemeinde machte ihre Zustimmung zu dem Leitungsbau interessanterweise daher davon abhängig, dass ihr „jederzeit der Anschluss an die Mittelspannungsleitung zwecks Entnahme von elektrischer Kraft aus dem Kraftwerk Weiherzentrale nach noch näher zu treffenden Vereinbarungen von der Gemeinde Wiesbach gestattet wird.“ Von dieser Möglichkeit wurde später allerdings kein Gebrauch gemacht, da Kutzhof es vorzog, dem Zweckverband Weiherzentrale beizutreten.

Die kaufmännische Verwaltung des „Lichtwerks Wiesbach“ – also das Einziehen der „Lichtgelder“ und der Zählermieten, das Ausstellen der Rechnungen und das Führen der Bücher – wurde von dem Gemeindevorsteher mit übernommen. Für seine „Mühewaltung“ erhielt er eine monatliche Entschädigung, außerdem bekam er seine Aufwendungen für Dienstreisen ersetzt.

Für die technische Betriebsführung der Stromversorgungsanlagen wurde ein „Lichtmeister“ eingestellt. Der langjährige Lichtmeister Heid scheint sich allerdings nicht recht klar gewesen zu sein, was eigentlich seine Aufgaben waren, da es anlässlich der regelmäßig gestellten Anträge auf Lohnerhöhung immer wieder zu Diskussionen im Gemeinderat kam, welche Arbeiten der Lichtmeister hierfür zu verrichten hatte und wie sein Verantwortungsbereich genau zu definieren sei. So wurde beispielsweise am 18. Januar 1925 durch Gemeinderatsbeschluss festgelegt, dass Heid die monatliche Ablesung der Stromzähler vorzunehmen und dass er wöchentlich das Leitungsnetz zu kontrollieren habe. Genau ein Jahr später, am 18. Januar 1926, wurde einer Lohnerhöhung nur zugestimmt „unter der Voraussetzung, dass Heid künftig dafür Sorge trägt, dass die Straßenlampen ständig in Betriebe bleiben.“ Die Ablesung der Stromzähler blieb Aufgabe des Lichtmeisters bis zum Sommer 1936, als erstmalig ein „Kassierer“ bei dem gemeindlichen Lichtwerk eingestellt wurde.

Arbeiten an den elektrischen Hausinstallationen durften nur vom Lichtmeister oder von zugelassenen Firmen bzw. Monteuren unter Aufsicht des Lichtmeisters durchgeführt werden. Das hielt einige Anschlussnehmer aber offensichtlich nicht davon ab, selbst Hand anzulegen und sogar durchgeschmolzene Sicherungen wieder zu flicken.

Der Gemeinderat verwarnte daher die betreffenden Anschlussnehmer und drohte an, dass „Zuwiderhandlungen mit dem Absperrern des Stromes bestraft werden“. Im Juli 1924 beschloss der Gemeinderat, dass die Erstellung neuer Netzanschlüsse bis zu einer Länge der Anschlussleitung von 30 m auf Kosten der Gemeinde zu erfolgen habe; bei längeren Anschlüssen musste der Anschlussnehmer einen Kostenbeitrag leisten.

Auf Ebene des Gemeinderates wurde eine „Lichtkommission“ gebildet, die aus dem Gemeindevorsteher als Vorsitzendem und drei weiteren Mitgliedern bestand. Diese Kommission überwachte das Lichtwerk und musste sich zuweilen sogar mit technischen Detailfragen beschäftigen. Ortsbesichtigungen durch die Lichtkommission zur Überprüfung des ordnungsgemäßen Zustandes der Hausinstallationen waren nicht unüblich. Anlässlich einer am 3. September 1929 vorgenommenen Besichtigung der elektrischen Lichtanlage im Hause des Gastwirts Arweiler, Augustinusstraße 23, wurden u. a. folgende Mängel festgestellt: „1.) In dem Wirtslokal über dem Büffet liegen die Anschlussdrähte frei. 2.) Im Nebenzimmer fehlt der Deckel auf der Schaltdose. 3.) Im Laden fehlt der Schalter. ... 7.) Im Keller fehlt der Schalter, die Leitung liegt frei und ist direkt lebensgefährlich. ...“

Da der Gastwirt Arweiler bereits zehn Tage vorher aufgefordert worden war, die Lichtanlage in einen vorschriftsmäßigen Zustand zu bringen und bis zum Zeitpunkt der Ortsbesichtigung nichts geschehen war, beschloss die Lichtkommission, „die Zuleitung am Dachständer abzuschneiden“. Die Wiederinbetriebnahme der elektrischen Anlage im Hause Arweiler wurde davon abhängig gemacht, dass die Anlage in Ordnung gebracht wird und sich die Lichtkommission die Installation erneut angesehen hat.

Probleme gab es auch mit mutwilligem Zertrümmern von Isolatoren und Straßenlampen. Kinder und Jugendliche, die sich den Folgen ihrer Taten nicht bewusst waren, bewarfen diese Bauteile mit Steinen und verursachten damit Störungen an den Stromversorgungs- und Beleuchtungsanlagen. Darüber hinaus konnte die Beschädigung von Isolatoren auch zu einer Gefährdung für die Öffentlichkeit führen, wenn spannungsführende Drähte in greifbare Nähe von Personen gelangten. Der Gemeinderat sah sich daher gezwungen, die Lehrpersonen aufzufordern, in den Schulen „unter Namhaftmachung der Täter die Schulkinder nochmals zu verwarnen“. Für den Wiederholungsfall wurde zudem angekündigt, dass Schadensersatz verlangt würde.

Wie zu erwarten, erwies sich der Betrieb der Holz-A-Mast-Transformatorstationen nicht ohne Schwierigkeiten, so dass bereits nur vier Jahre nach Inbetriebnahme des Netzes an den Neubau einer Station gedacht wurde. Zunächst sollte dabei die Station an der Brühlstraße durch eine gemauerte Turmstationen ersetzt werden. In der Sitzung des Gemeinderates am 5. Juni 1925 fasste man den hierzu erforderlichen Beschluss und beauftragte den Ortsvorsteher mit der Einholung entsprechender Kostenanschläge. Unerwarteterweise traten jedoch Schwierigkeiten auf, da der Eigentümer des zum Bau vorgesehenen Grundstücks Forderungen erhob, die der Gemeinderat nicht akzeptieren wollte. Es wurde sogar in Erwägung gezogen, die neue Station an anderer Stelle zu errichten; ein Sachverständiger sollte zur Frage eines geeigneten Standorts gehört werden. Letztlich lenkte der Eigentümer des ursprünglich vorgesehenen Stationsplatzes doch ein und der Ankauf des entsprechenden Flurstücks in einer Größe von 43 m² wurde in der Sitzung des Gemeinderates am 20. Juni 1926 beschlossen. Der Kaufpreis war nicht in bar zu bezahlen, sondern wurde auf den vom Verkäufer gegenüber der Gemeinde geschuldeten Bruchzins für Steine

angerechnet. Trotz eines nochmaligen Gemeinderats-Beschlusses vom 17. Juli 1926, wonach „eine gemauerte Transformatorstation“ zu errichten sei, wurde der Bau der Station vorerst nicht umgesetzt. Ob es möglicherweise an den unerwartet hohen Baukosten lag oder ob andere Gründe gegen einen sofortigen Baubeginn sprachen, lässt sich nicht mehr feststellen. Jedenfalls befasste sich der Gemeinderat erst wieder am 16. September 1934 mit der Thematik, als beschlossen wurde, die vorliegenden Kostenanschläge durch das Kreisbauamt prüfen und begutachten zu lassen. Letztendlich stand der Neubau der beiden Transformatorstationen am 24. Mai 1935 auf der Tagesordnung des Gemeinderates. In dieser Sitzung fasste man folgenden Beschluss: „Die Vertretung beschließt, die Transformatoren sofort fertig stellen zu lassen, da die notwendigen Materialien bereits vorhanden sind.“ Bis zur endgültigen Fertigstellung der beiden gemauerten Trafostationen vergingen anschließend aber noch mehr als zwei Jahre.

Im Januar 1927 befasste sich der Gemeinderat mit dem Antrag der Bergwerksdirektion, eine eigene Telefonleitung von der Weiherzentrale entlang der bestehenden 10-kV-Freileitung nach Wiesbach zu errichten. Eine direkte Telefonverbindung zwischen dem Kraftwerk und dem Lichtwerk in Wiesbach erschien im Interesse einer sicheren Betriebsführung wünschenswert, beispielsweise, um in Fällen von Störungen schneller reagieren zu können. Aus Kostengründen verzichtete man aber letztendlich auf den Bau einer eigenen Telefonanlage und realisierte die Kommunikationsverbindung von Wiesbach zur Weiherzentrale über das öffentliche Telefonnetz.

Im Frühjahr 1927 wurde der Stromliefervertrag mit der Bergwerksverwaltung – offiziell die „L'Administration des Mines Domaniales Françaises de la Sarre“ oder kurz „MDF“ – neu verhandelt. Vertreter seitens der Gemeinde Wiesbach waren hierbei der Bürgermeister der Bürgermeisterei Eppelborn, Hans Lentès und den Wiesbacher Gemeindevorsteher Monz. In dem neuen Vertrag vereinbarte man eine Höchstleistung von 150 kW ab Kraftwerk Weiherzentrale. Die MDF behielt sich das Recht vor, am Abgang Wiesbach im Kraftwerk Automaten einzubauen, die den Strom unterbrechen konnten, wenn die Gemeinde Wiesbach die festgesetzte Höchstleistung während 30 Sekunden um 10% bzw. um 30% für den Augenblick überschreiten würde.



Bürgermeister Hans Lentès

Nachdem das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) 1927 den Zweckverband Stromversorgung Weiherzentrale übernommen hatte, trat Bürgermeister Hans Lentès an die Gemeinde Wiesbach, um eine Eingliederung der Gemeinde in den Zweckverband und einen Verkauf des Lichtwerks Wiesbach an das RWE zu prüfen. Der Gemeinderat konnte sich jedoch nicht zu einem Verkauf entschließen, so dass es weiterhin bei der Betriebsführung des Lichtwerks durch die Gemeinde blieb.

Im Laufe der Zeit mehrten sich die Zweifel, ob die technischen Anlagen des Lichtwerks in einem vorschriftsmäßigen Zustande seien. Am 6. November 1934 setzte der Gemeinderat daher eine Kommission, bestehend aus dem Gemeindevorsteher und

den Mitgliedern Thinner, Schorr und Busch, ein, um eine Nachprüfung der Neubauten vorzunehmen. Die Kommission legte ihren Bericht im Dezember 1934 dem Gemeinderat vor. Tatsächlich gab es Bedenken hinsichtlich der Sicherheit der Stromversorgungsanlagen und da zudem unklar war, woher die Mittel zur Erneuerung des Netzes kommen sollten, setzten nun Überlegungen ein, das Stromnetz zu veräußern. In der Gemeinderatssitzung am 12. April 1935 wurde der Eppelborner Bürgermeister Dr. Karl Zengerle, Nachfolger des am 7. Juni 1928 unerwartet verstorbenen Hans Lentens, beauftragt, vom RWE ein unverbindliches Angebot für den Verkauf des Lichtnetzes einzufordern. Gleichzeitig wollte man sich der Unterstützung durch einen Sachverständigen vergewissern. Präferierter Kandidat hierfür war der aus der Erbauungszeit des Netzes bereits bekannte Ingenieur Schießmann, „falls dessen Aufenthalt ermittelt werden kann.“ Andernfalls wünschte man den Direktor Schmidt aus Neunkirchen als Sachverständigen.

Bereits Anfang März 1935 hatte Dr. Zengerle bei Landrat Rech interveniert und auf eine schnelle Lösung gedrängt, da das Ortsnetz Wiesbach, „teils durch Nachlässigkeit, teils durch Unfähigkeit des Lichtmeisters“ in einen Zustand geraten sei, „dass die Gemeinde nicht nur erhebliche Stromverluste habe, sondern dass auch beständig Gefahr für Leben und Gesundheit bestände“. Als Beispiele führte er aus, dass in den zurückliegenden Jahren ein Gemeindearbeiter bei der Reparatur an der Leitung und außerdem zwei Pferde durch herabfallende Leitungsdrähte getötet wurden. Dies spräche dafür, „dass die Leitung technisch nicht einwandfrei ist.“ Zengerle hatte dem Gemeinderat bereits mehrmals vorgeschlagen, die elektrischen Anlagen durch einen unabhängigen Sachverständigen prüfen zu lassen, was die Gemeindevertretung aber stets abgelehnt hatte. Vor einer zwangsweisen Überprüfung der Anlagen gegen den Widerstand des Gemeinderates hatte sich Dr. Zengerle angesichts der hohen Kosten allerdings bisher gescheut, obwohl es sich um eine Maßnahme polizeilichen Charakters gehandelt hätte, zu der er als Bürgermeister durchaus befugt gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund bat er Landrat Rech, die Untersuchung des Ortsnetzes Wiesbach bald in die Wege zu leiten. Darüber hinaus empfahl er, dass Wiesbach sich einem



größeren Stromversorgungsunternehmen anschließen sollte, da kaum Mittel für die dringend erforderliche Überholung des Netzes vorhanden seien. Der Gemeinderat von Wiesbach erhielt Kenntnis von diesen Überlegungen und äußerte sich in seiner Sitzung vom 24. Mai 1935 vorsorglich im ablehnenden Sinne: „Dem Vernehmen nach soll das Lichtwerk zwangsweise veräußert werden und sollen zu diesem Zweck bereits Verhandlungen stattgefunden haben. Die Vertretung protestiert heute schon gegen eine derartige Veräußerung und lehnt jeden Verkauf ab.“ Die Besichtigung der Stromversorgungsanlagen fand dann am 16. August 1935 im Beisein des Direktors Schmidt, Leiter des städtischen Elektrizitätswerks und der Straßenbahn der Stadt Neunkirchen, statt.

Bürgermeister Dr. Karl Zengerle

Dirmingens Volksschulen unter nationalsozialistischer Herrschaft (1935-1945)

Dr. Werner F. Morgenthal

Methodische Vorbemerkungen

Für die Quellenauswertung im o.g. Untersuchungszeitraum sind u.a. folgende Begleitumstände zu berücksichtigen. Die nationalsozialistischen Machthaber achteten peinlich darauf, beschlossene Maßnahmen in der Öffentlichkeit propagandistisch als Wohltaten gegenüber der Bevölkerung darzubieten. Anordnungen der Schulverwaltung, die bereits von Anfang an unpopuläre Züge aufwiesen, wurden weitgehend geheim gehalten. Vor Ort erfolgte ihre Wiedergabe ausschließlich mündlich. Das Telefon ermöglichte, solche Anweisungen über räumliche Distanzen zu transportieren, ohne schriftliche Spuren zu hinterlassen. Diese konspirativ weitergegebenen Direktiven erschienen natürlich nicht in amtlichen Veröffentlichungen. Sie waren Teil des diktatorischen Machtapparates.¹⁾ Um wenigstens einen Teil dieser Quellen aufspüren zu können, ist es ratsam, neben dem Studium offizieller Amtsblätter den Schriftverkehr zwischen einzelnen Institutionen zu beachten. Auf dem Gebiet des Schulwesens waren dies der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, die Saarbrücker Schulbehörde, die Kreisschulämter und die Schulen vor Ort.

Im überwiegend katholischen Saargebiet waren aufgrund der Erfahrungen mit dem französischen Nachbarn die Bindungen zwischen der Bevölkerung und den beiden Traditionskirchen besonders eng! Bis zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft kam eine Diskussion über die Abschaffung der Konfessionsschule an der Saar gar nicht erst auf!²⁾ Wegen dieser Verbundenheit der Menschen mit ihren angestammten Religionsgemeinschaften gehörten im Schulbereich insbesondere Anordnungen, die Kirche und Religionsunterricht betrafen, zu den sensiblen Informationen, beispielsweise die Erlasse zur Erteilung des Religionsunterrichts vom 17.11.1938 und vom 1.12.1938 (s. „Wandel in Schulbetrieb und Unterricht“!).

Die Chroniken der katholischen und evangelischen Kirchengemeinde in Dirmingen besitzen einen hohen Aussagewert, da die Seelsorger beider Pfarreien eine kritische Distanz zum nationalsozialistischen Weltanschauungsstaat eingenommen haben. Die Angaben der Chronik der evangelischen Volksschule sind u.a. deshalb besonders wertvoll, weil die Chronik der katholischen Schule aus der Zeit vor 1945 verloren gegangen ist!

Im „Amtsblatt des Reichskommissars für die Rückgliederung des Saarlandes“³⁾ sind die wichtigsten Erlasse zu finden, falls diese nicht geheim gehalten wurden. Zahlenmaterial über Unterricht und Bildung lieferte das „Statistische Amt des Saarlandes“ seit 1935 in Form der „Statistik des Saarlandes“⁴⁾.

1) Ernst Christian Helmreich: Religionsunterricht in Deutschland, Hamburg 1966, S. 209 f.

2) Werner F. Morgenthal: Evangelischer Religionsunterricht an Volksschulen in der Saarregion. Ein geschichtlicher Abriss, Aachen 2010, S. 143, 314 f.

3) Amtsblatt des Reichskommissars für die Rückgliederung des Saarlandes 1. 1935 (9. März) 2. 1936, fortgeführt als Amtsblatt des Reichskommissars für das Saarland 2, 1936-6. 1940, fortgeführt als Verordnungs- und Amtsblatt des Reichskommissars für die Saarpfalz (1940-1941) und fortgeführt als Verordnungs- und Amtsblatt des Reichsstatthalters in der Westmark (1941-1944).

4) z.B. Statistik des Saarlandes, Heft 2 (1936/37).

Politische Rahmenbedingungen

Mit Rückkehr des Saargebietes in den deutschen Staatsverband am 1. März 1935 trat eine Verordnung des Reichsinnenministeriums „zur Einführung reichsrechtlicher Vorschriften im Saarland aus dem Gebiete der allgemeinen und inneren Verwaltung“⁵⁾ vom 22. Februar desselben Jahres in Kraft. Die braunen Machthaber vertraten den Rechtsstandpunkt, dass an der Saar die Weimarer Reichsverfassung nicht in Kraft gesetzt wird, weil diese „[...] als Staatsgrundgesetz nicht mehr in Geltung sei [...]“⁶⁾ Stattdessen dehnte o.g. Verordnung vom 22. Februar aufgrund des „Gesetzes über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes vom 30. Januar 1935“⁷⁾ die diktatorischen Vollmachten der Hitler-Regierung auch auf das Saarland aus. Diese geballte Machtfülle stellte das braune Regime propagandistisch zur Schau. Um in möglichst alle Lebensbereiche einwirken zu können, setzten die braunen Machthaber die Bevölkerung bis zur Befreiung durch die Alliierten unter andauernden Anpassungsdruck!

Nach Rückkehr zum Deutschen Reich blieb das Saargebiet als „Saarland“ eine Sonderverwaltungszone. Josef Bürckel (1895-1944), von Hitler zum Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes ernannt, stand an der Spitze dieser Gebietskörperschaft. Verwaltungssitz blieb Saarbrücken. Auf Parteiebene wurde das Saarland dem Gau Pfalz zugeteilt und bildete mit diesem als Gau „Saarpfalz“ eine Verwaltungseinheit mit Bürckel als Gauleiter an der Spitze.⁸⁾

Gemeinde Dirmingen

1935 zählte Dirmingen 2151 Einwohner, 1114 Männer und 1037 Frauen. Diese wohnten in 516 Haushaltungen. Im Ort bestanden 189 landwirtschaftliche Betriebe sowie 41 Gewerbebetriebe.⁹⁾ Die vorherrschende Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe ist ein Beleg dafür, dass Dirmingen noch überwiegend ein Bauerndorf war. Andererseits liegt Dirmingen im „Arbeitereinzugsgebiet“.¹⁰⁾ Aus Perspektive der Beschäftigtenzahlen war Dirmingen damals bereits ein Industriearbeiterdorf! Von den 1859 Einwohnern im Jahr 1919 waren 737 im Bergbau beschäftigt. Bei 225 von diesen handelte es sich um aktive Bergleute. 175 von 379 Haushaltungen wurden 1919 als Bergleute-Haushaltungen bezeichnet.¹¹⁾ In den 20er und 30er Jahren dürfte sich der Anteil der im Bergbau Beschäftigten noch weiter erhöht haben. Im Vergleich zu den Anforderungen, welche die Tätigkeit in der Landwirtschaft an zukünftige Landwirte gestellt hatte, stiegen die Erwartungen, welche die Gesellschaft zur Vorbereitung der Heranwachsenden für industrielle Berufe von der damals vorherrschenden Volksschule (s. „Schulverwaltung“!) erwartete!

Am 1. August 1935 trat mit der „Verordnung über die Anpassung der Landesverwaltung im Saarland an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates“ (31. Juli 1935) die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) in Kraft. Die ehrenamtlichen Bürger-

5) http://www.documentarchiv.de/ns/1935/saarland_verwrecht_vo.html, 21. 8. 2022.

6) Paul Burgard: Das Saarland im Nationalsozialismus (1935-1945), in: Hans-Christian Herrmann u. Johannes Schmitt (Hrsg.): Das Saarland. Geschichte einer Region, St. Ingbert 2012, S. 263-311, hier S. 277.

7) http://www.documentarchiv.de/ns/1935/saarland_verwrecht_vo.html, 21. 8. 2022.

8) Paul Burgard: Das Saarland im Nationalsozialismus, S. 277-280.

9) Chronik der evangelischen Volksschule Dirmingen.

10) Kurt Bohr: Ein besonderes Land. Politische Kultur im Saarland, in: Saarland – Der Chef der Staatskanzlei u. Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Das Saarland. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, Saarbrücken 1989, S. 141-149, hier S. 142

11) Hermann Bock: Dirmingen. Ein Versuch, die Entwicklung darzustellen, Bexbach 1980, S. 541.

meister und Beigeordneten wurden – wie der Gemeinderat auch – neu berufen. Auf Bürckels „Anordnung zur Sicherung der Gemeindeverwaltung im Saarland“ vom 8. März 1935 mussten diejenigen Mitglieder ausgeschieden werden, die nicht bis spätestens 12. Januar 1935 Mitglieder der Deutschen Front geworden waren. Für die Einsetzung der Bürgermeister und Beigeordneten war der Kreisleiter – „als Beauftragter der Partei“ – zuständig (§ 33 DGO). Dieser und der Bürgermeister waren zusammen für die Berufung der Gemeinderatsmitglieder verantwortlich (§ 51 DGO). Seit 1. August 1935 durften Gemeinderäte den Bürgermeister nur noch beraten (§ 48 DGO).¹²⁾ Im Zuge dieser Gleichschaltung wurden der Dirminger Stellmacher Peter Wagner (1895-1951) zum „Ortsbürgermeister“ ernannt und Fritz Reutler, Leiter der evangelischen Schule, in den Gemeinderat berufen.¹³⁾

Bei den Reichstagswahlen am 29. März 1936 hatten die Wähler nur noch die Möglichkeit, „für d.[en] Führer“ oder „gegen d.[ie] Liste“ zu stimmen. In den beiden größten Orten der Bürgermeisterei Eppelborn, in Eppelborn und Wiesbach, wagte jeweils nur ein Wähler, gegen Hitlers Liste zu stimmen.¹⁴⁾ In den kleineren Dörfern der o.g. Bürgermeisterei gab es keine Gegenstimmen. Hier war meines Erachtens die Anonymität nicht groß genug, um die Angst vor Repressionen des braunen Regimes zu überwinden!

Dem Schulvorstand der Gemeinde Dirmingen gehörten nach einem Schreiben des Eppelborner Bürgermeisters vom 9. Juli 1935¹⁵⁾ folgende Personen an: „als gewählte Mitglieder Peter Wagner, pens. Bergm., Dirm.; Karl Lauer, pens. Bergm., Dirm.; Valentin Wagner, pens. Bergm., Dirm.; Matthias Kitzinger, Gipser, Dirm.; Wilhelm Schäfer, Bierbrauer, Dirm.“, „ernanntes Mitglied: Fritz Reutler, Schulleiter, Dirm.“ und „von Amts wegen: Didas Pastor, Dirm.; Engel Pfarrer, Dirm.“.

Schulverwaltung

Da nach Aufnahme in das Deutsche Reich im Saarland die Weimarer Reichsverfassung nicht in Kraft gesetzt wurde, kamen deren Schulartikel hier nicht zum Tragen bzw. wurden, falls die Regierungskommission inzwischen einige Freiheiten gewährt hatte, von den neuen Machthabern beseitigt (s. „Politische Rahmenbedingungen“!). Dazu gehörten u.a. Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Lehre (Art. 142), die für alle gemeinsame Grundschule sowie die Bekenntnisschule (Art. 146), Ausgestaltung der sittlichen Bildung und bürgerlichen Gesinnung im Geiste von Toleranz und Völkerversöhnung (Art. 148) sowie Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (Art. 149).

Durch das „Gesetz über den Neuaufbau des Reichs“ vom 30. Januar 1934 gingen in Deutschland fundamentale Hoheitsrechte der Länder auf das Reich über. Zu ihnen gehörte u.a. die Kulturhoheit der Länder. Seit 1. Mai 1934 fungierte das neu errichtete Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung als oberste Verwaltungsebene für Schulpolitik in Deutschland.¹⁶⁾ Ab 1. März 1935 übernahm

12) Dieter Muskalla: NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel, Saarbrücken 1995, S. 269-282; <http://www.verfassungen.de/de/de33-45/gemeindeordnung35.htm>; 23. 2. 2014.

13) Chronik der evangelischen Volksschule Dirmingen.

14) Saarbrücker Landeszeitung Nr. 89 (30. März 1936) S. 2.

15) LAS Bestand Kreisschulamts (KrsSchA) Illingen Nr. 8.

16) Folkert Rickers: Die nationalsozialistische Ära, in: Rainer Lachmann u. Bernd Schröder (Hrsg.): Geschichte des evangelischen Religionsunterrichts in Deutschland, Neukirchen-Vluyn 2007, S. 233-267, hier S. 238 u. Anne C. Nagel: Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934-1945, Frankfurt a. M. 2012, S. 66.

Reichsminister Bernhard Rust (1883-1945) an der Saar einen Teil der Kompetenzen der Schulabteilung. Auf mittlerer Verwaltungsebene war die Schulverwaltung des Reichskommissars in Saarbrücken zuständig.¹⁷⁾ Leiter der Schulabteilung wurde Fritz Wambsgaß¹⁸⁾ (1886-1979), der gleichzeitig als Leiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) fungierte.¹⁹⁾ Wambsgaß fiel die Aufgabe zu, das saarländische Schulwesen auf ideologische Linie zu bringen.

1935 besuchten rund 92 Prozent der saarländischen Schüler die Volksschule. Auf die Mittelschule entfielen 1,3 und auf höhere Schulen insgesamt rund 7 Prozent.²⁰⁾ Gegenüber den weiterbildenden Schulen nahm die Volksschule an der Saar eine beherrschende Stellung ein. Deshalb legte die nationalsozialistische Schulverwaltung das Schwergewicht ihrer Bemühungen um ideologische Einflussnahme auf diese Schulform!

Zuständige Schulaufsichtsbezirke

Die Aufteilung der Volksschule in konfessionelle Schulaufsichtsbezirke geht auf den enormen Einfluss zurück, den die Traditionskirchen an der Saar besaßen. Die evangelische Schule gehörte bis zur Einführung der Gemeinschaftsschule zum Kreisschulamt Saarbrücken II. Als Vertreter von Oskar Arndt übernahm Schulrat Dr. Steeg am 16. November 1933 diesen Schulaufsichtsbezirk. Seine endgültige Ernennung erfolgte am 1. Dezember dieses Jahres.²¹⁾ Die katholische Schule lag bis zum Ende ihres Bestehens, 1937, im Zuständigkeitsbereich des Kreisschulamtes Illingen mit Schulrat Peter Zenner an der Spitze.²²⁾ Dieses Schulamt war nach Beseitigung der beiden Dirminger Konfessionsschulen für die einzig verbliebene Gemeinschaftsschule zuständig. Nach Einführung dieser Schulform zu Ostern 1937 wurde Zenner nach St. Wendel versetzt. Ihm folgte Wilhelm Meister nach.²³⁾ Im Oktober 1937 übernahm Schulrat Zenner auch den Bezirk des bisherigen Kreisschulamtes Illingen.²⁴⁾ Nach Neuordnung der Schulaufsichtsbezirke im Herbst 1939 erweiterte die Schulverwaltung Zenners Sprengel um die Bürgermeistereien Neunkirchen, Wiebelskirchen, Schiffweiler und Spiesen-Elversberg.²⁵⁾

Schulen in Dirmingen

In Dirmingen existierte seit 1706 eine evangelische Schule mit dazu gehörigem Schulhaus.²⁶⁾ Um 1820 kam die erste katholische Schule mit eigenem Unterrichtsgebäude hinzu.²⁷⁾ Die Aufteilung der Volksschulen in dem konfessionell gespaltenen

17) LAS Bestand MK Repertorium.

18) http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis_detail.php?id=1245, 8. 5. 2022.

19) Horst Schiffler (Hrsg.): ABC und Hakenkreuz. Schule und Erziehung im Nationalsozialismus, Ottweiler 2002, S. 5.

20) Statistisches Amt (Hrsg.): Statistik des Saarlandes, Heft 2 (1936/37), Saarbrücken 1938, S. 68.

21) Chronik der evangelischen Volksschule Dirmingen.

22) LAS Bestand KrsSchA Illingen Nr. 8.

23) LAS Bestand KrsSchA Illingen Nr. 9.

24) Chronik der evangelischen Volksschule Dirmingen.

25) LAS Bestand Kreisschulamt St. Wendel (KrsSchA WND) Nr. 12

26) Werner F. Morgenthal: Geschichte der Schulen der evangelischen Pfarrei Dirmingen. Von den Anfängen bis zur Französischen Revolution, Ottweiler 1998, S. 43.

27) Werner F. Morgenthal: Geschichte der Dirminger Volksschulen unter preußischer Herrschaft, in Eppelborner Heimathefte Nr. 15 (2011) S. 70-87, hier S. 76.

Dorf in eine evangelische und eine katholische Bildungseinrichtung blieb bis 1937 bestehen.

Der Dirminger Gemeinderat beschloss als „Nachtrag zur Sitzung vom 21. 2. 35“, „aus Anlaß der Rückgliederung des Saargebietes am 1. März 1935 die evangelische Schule ‚Hitlerschule‘ und die katholische Schule ‚Hindenburgschule‘ zu benennen.“²⁸⁾ Meines Erachtens ist diese Maßnahme der Dirminger Volksvertretung als Akt einer vorauseilenden Anpassung an die neuen politischen Verhältnisse aufzufassen. Darüber hinaus suggerierten die Gemeindeväter durch den Gebrauch des Wortes „Rückgliederung“, dass die alten Verhältnisse vor Inkrafttreten des Versailler Vertrages angeblich wiederhergestellt worden seien. In Wirklichkeit unterblieb die Rückgabe des Saargebietes an den preußischen und bayerischen Staat. Das Saarland blieb weiterhin eine Sonderverwaltungszone (s. „Politische Rahmenbedingungen“!).

1935 lag die durchschnittliche Schülerzahl je Klasse im Saarland bei 47.²⁹⁾ 1934 betrug sie an der evangelischen Schule in Dirmingen 54³⁰⁾ und 1935 an der katholischen Schule 52³¹⁾. Zu Jahresbeginn 1938 lag die durchschnittliche Klassenstärke der im Jahr zuvor eingeführten christlichen Gemeinschaftsschule bei rund 50 Schülern.³²⁾ Wie in den meisten saarländischen Schulen auf dem Land war die Klassenstärke hier höher als in saarländischen Städten.

Schule und Kirche

In Dirmingen wohnten nach Erhebungen der Visitation des Trierer Bischofs vom 14. Mai 1934³³⁾ 882 Katholiken. Gemessen an der Bevölkerungszahl von 1935 (s. „Gemeinde Dirmingen“) verblieben nach Abzug der Katholiken 1269 Protestanten. Werden die bisher sehr geringfügigen Kirchnaustritte vernachlässigt, lag die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung bei 59% Evangelischen und 41% Katholiken. In dem kurzen Zeitraum seit 1930 hatten sich die konfessionellen Verhältnisse um rund 2 1/2 Prozent zugunsten der Katholiken verändert.³⁴⁾ Im Vergleich dazu lebten 1935 im gesamten Saargebiet 72,5 Prozent Katholiken und 26,5 Prozent Protestanten.³⁵⁾ Dirmingen gehörte damals noch zu den wenigen Ortschaften an der Saar, die überwiegend evangelisch waren.

Während des Abstimmungskampfes 1934/35 herrschte zwischen den Traditionskirchen und dem nationalsozialistischen Lager ein „Burgfrieden“. Die Nationalsozialisten nutzten das äußerlich gute Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften, um Stimmen im Windschatten der Kirchen zu gewinnen. Das vorrangige Ziel der nationalsozialistischen Aktivisten bestand darin, die Saar nach ihrer Rückkehr ins Reich unter ihre diktatorische Verfügungsgewalt zu bringen. Nach Festigung des

28) Archiv der Gemeinde Eppelborn, Beschlussbücher des Dirminger Gemeinderates, Sitzung vom 21. 2. 1935.

29) Statistisches Amt (Hrsg.): Statistik des Saarlandes, Heft 2 (1936/37), S. 68.

30) LAS Bestand KrsSchA NK Nr. 9.

31) LAS Bestand KrsSchA Illingen Nr. 8.

32) Errechnet aus Angaben der Chronik der evangelischen Volksschule Dirmingen.

33) Bistumsarchiv (BA) Trier Abteilung 44 Nr. 402.

34) Werner F. Morgenthal: Dirmingens Volksschulen während der Völkerbundszeit (1920-1935), in: Eppelborner Heimathefte Nr. 16 (2013) S. 42-61, hier S. 46.

35) Dieter Robert Bettinger: Die Verschiebung der Konfessionsverhältnisse im Saarland, in: Die Kirchenkreise Ottweiler, Saarbrücken und Völklingen (Hrsg.): Die Evangelische Kirche an der Saar. Gestern und heute, Saarbrücken 1975, S. 202-220, hier S. 215.

80 Jahre nach Kriegsende

Ergänzende Informationen zu den Fliegerangriffen im Raum Eppelborn¹⁾

Hans Günther Maas

Als am 29. Januar 2019 bei Bauarbeiten im Bereich des Eppelborner Bahnhofes im Gleisbett eine Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden wurde, war die Erregung der Bevölkerung im Umkreis der Fundstelle groß. Ließ doch die Größe des gefundenen Objektes eine gewaltige Sprengkraft vermuten.

Die Entschärfung der ca. 250 kg schweren Bombe durch den Kampfmittelräumdienst erfolgte am Sonntag, den 10. Februar 2019. Dazu musste vorsorglich eine Evakuierung der Bevölkerung, insgesamt ca. 860 Personen, in einem Radius von 300 m. um die Fundstelle erfolgen. 328 Einsatzkräfte der Hilfsorganisationen, der Polizei und der Gemeindeverwaltung waren an der Maßnahme beteiligt.

Die Entschärfung der Bombe verlief ohne Probleme. Die damalige Bürgermeisterin Birgit Müller-Closset, als Leiterin des Einsatzstabes, bedankte sich zuletzt bei den Einsatzkräften für den reibungslosen Ablauf der Maßnahme und betonte, dass sich die Bevölkerung vorbildlich verhalten habe.



Die Fliegerbombe ist entschärft

Die Frage nach der Herkunft der gefundenen Bombe blieb bei der damaligen Berichterstattung von Saarbrücker Zeitung, Wochenspiegel und dem Eppelborner Nachrichtenblatt unbeantwortet. Daher war Recherche angesagt. Diese brachte folgendes

1) Aloysius Scholtes hatte 1993 in Heft Nr. 6 der Eppelborner Heimathefte das Thema erstmals bearbeitet.

Ergebnis:

Die Bombe wurde am 21. Februar 1945, etwa um 17:45 Uhr, von einem amerikanischen Kampfflugzeug vom Typ Thunderbolt P-47 D abgeworfen. Es gehörte zu einer Staffel von 16 einmotorigen Bombern, die um 17:06 Uhr vom Flughafen Ochey, südlich von Toul, mit dem Auftrag, die Bahnhöfe von Eppelborn und Dirmingen unpassierbar zu machen, gestartet waren.

Acht Sprengbomben (Kaliber 250 kg) wurden über Eppelborn und acht über Dirmingen abgeworfen, ebenso acht „Cluster-Bomben“ (Streumunition) mit je 460 Magnesiumbomben (Kaliber 1,7 kg) im näheren Umfeld.

Beide Bahnhofsgebäude wurden beschädigt, zwei Bahnschuppen in Brand gesetzt und eine Gleisstrecke unterbrochen. Darüber hinaus wurden, so berichteten die Piloten, eine Fabrik und ein großer Öl-Vorratstank in Mangelhausen zerstört.

Alle 16 Piloten kehrten mit ihren Kampfflugzeugen gegen 18:40 Uhr unversehrt zur Basis in Lothringen zurück. Sie hatten eine „schwache, ungenaue Flakabwehr“ bei Eppelborn und Dirmingen wahrgenommen und schrieben ihre Einsatzberichte.²⁾

Der weitaus größte Schaden der von der Thunderbolt-Staffel herbeigeführt wurde blieb dabei eigenartigerweise vollständig unerwähnt. Mindestens eine Sprengbombe vom Kaliber 250 kg hatte die katholische Kirche St. Wendalinus auf dem Gänsberg in Dirmingen kurz vor 18:00 Uhr getroffen und fast vollständig zerstört.



Die Kirche St. Wendalinus wurde am 21. Februar 1945 fast vollständig zerstört.

Pfarrer Nicolaus Didas notierte in der Pfarrchronik:

„Es kamen aus Richtung Eppelborn drei Jagdflieger im Tiefflug angebraust, direkt auf Kirche und Pfarrhaus zu. Wir stürzten in den Keller. Ich hatte aber die Treppe noch nicht erreicht, als die ersten Bomben fielen.“³⁾

Der damalige Küster Peter Bastuck, der zur Vorbereitung der für 18:00 Uhr angesetzten Fastenandacht zur Kirche gekommen und nach dem Herannahen der feindlichen Flieger in den Pfarrhauskeller geflüchtet war, erklärte:

2) Wilhelm, Horst: Luftkrieg über der Saar 1939-1945. Merchweiler 2004, S. 104 und 264. Laut Pfarrer Nicolaus Didas (Dirmingen) hatte ein Zug, der an der Langenauer Brücke postiert war, die Flugabwehr übernommen. Siehe: Schäfer, Franz Josef: Aus der Chronik der Pfarrei „St. Wendalinus“ Dirmingen. In: Eppelborner Heimathefte Nr. 12, 2005, S. 67.

3) Schäfer, Franz Josef: Aus der Chronik der Pfarrei „St. Wendalinus“ Dirmingen, verfasst von Pfarrer Didas. In: Eppelborner Heimathefte Nr. 12, 2005, S. 67.

„Klirrende Glassplitter, zu Boden stürzendes Hausgerät, in den Keller eindringende Rauchschwaden überzeugten uns, dass die Bomben ganz in der Nähe eingeschlagen waren.“

Ergänzend schrieb er später:

„Wir stellten mit Schrecken fest, dass die Hälfte unserer Kirche zu einem Schutthaufen geworden war. Eine Bombe ging im Chor nieder, zerstörte den Hochaltar, die beiden Seitenaltäre und fast die gesamte Inneneinrichtung. Nur ein Teil der Mauern und der Turm blieb stehen.“⁴⁾

Darüber hinaus erklärte Pfarrer Didas:

„Als wir aus dem Keller kamen, sahen wir die Verheerung. ... Unsere schöne traute Kirche – ein Trümmerhaufen. Eine Bombe war in das Fundament des Chores eingedrungen und hatte das ganze Chor und vom Schiff das erste Joch samt dem tragenden Pfeiler zum Einsturz gebracht. Hochaltar und alles was im Chore war, war durch die Wucht der herabfallenden Steine und Mauern zerschmettert.“⁵⁾

In der zweiten Märzwoche, bei einem nochmaligen Angriff auf Dirmingen, stürzten weitere Teile der Kirchenmauer zusammen.⁶⁾

War auch der materielle und ideelle Schaden, insbesondere für die Dirminger Katholiken, äußerst schmerzhaft, so konnte doch erleichtert festgestellt werden, dass es keine Tote oder Verletzte gegeben hatte. Wäre das Bombardement 15 Minuten später erfolgt, dann hätte Dirmingen sicher ein noch weit schwereres Unglück getroffen als zehn Monate zuvor.



Pfarrer Nicolaus Didas

An jenem 11. Mai 1944 waren am Abend gegen 19:00 Uhr erstmals seit Kriegsbeginn einige Kampfflugzeuge eines aus 334 Maschinen bestehenden Bombergeschwaders der US Air Force, in Lowestoft in Südostengland gestartet, über der Ortsmitte aufgetaucht und warfen ihre todbringenden Lasten ab. Es waren schwere viermotorige Boeing B-17 Bomber, mit mehreren 500 kg Sprengbomben bestückt, die ursprünglich den Auftrag hatten, die Bahnanlagen in Saarbrücken zu eliminieren, aber wegen „zunehmend schlechter Sichtverhältnisse“ und starkem Flakbeschuss abgedreht waren und auf dem Rückflug ihre Bombenlast in Dirmingen, wo offensichtlich bessere Wetterbedingungen herrschten, loswerden konnten.⁷⁾ In Saarbrücken starben 202 in Dirmingen zehn ortsansässige Personen.⁸⁾ Johann Valentin Guthörl (83 Jahre), Maria Klenker (64), Jakob Hell (59), Luise Wagner (58), Karoline Guthörl (45), Karoline Wohlfahrt (39), Else Böhme (39), Katharina Barth (21), Alwine Herz (13) und Horst Werner Böhme (Sohn von Else Böhme, 9) fielen dem Inferno zum Opfer.

4) Ortsrat Dirmingen: Dirmingen. Ein Versuch, die Entwicklung darzustellen. Dirmingen 1980, S. 202 f.

5) Schäfer, Franz Josef: Aus der Chronik der Pfarrei „St. Wendalinus“ Dirmingen, verfasst von Pfarrer Didas. In: Eppelborner Heimathefte Nr. 12, 2005, S. 68.

6) Ortsrat Dirmingen: Dirmingen. Ein Versuch, die Entwicklung darzustellen. Dirmingen 1980, S. 204.

7) Eckel, Werner: Saarbrücken im Luftkrieg 1939-1945. Saarbrücken 1985, S. 85 ff. Siehe auch: Wilhelm, Horst: Luftkrieg über der Saar 1939-1945. Merchweiler 2004, S. 68 f.

8) Scholtes, Aloysius: Fliegerangriffe auf den Raum Eppelborn im Zweiten Weltkrieg. In: Eppelborner Heimathefte Nr. 6, 1993, S. 93.

Zehn völlig-, viele teilweise zerstörten Häuser⁹⁾ und mehrere tiefe Bombenkrater in der Ortsmitte zeigten die außergewöhnliche Heftigkeit des Bombardements.¹⁰⁾

Pfarrer Didas notierte: „Ich eile hinaus und sehe über dem oberen Ortsteil eine riesige Staubwolke sich erheben, die buchstäblich bis zu den Wolken reicht und bald das ganze Tal erfüllt.“

Später schrieb er: „Auf dem Weg (in die Ortsmitte) erkannte ich den ganzen Umfang der Verwüstung. Die ganze Ecke am Eingang der Hintergasse ist zerstört. Desgleichen die Ecke gegenüber dem ev. Pfarrhaus. In der Straße zwischen dem ev. Pfarrhaus und dem Hause des Schneidermeisters Wagner liegt ein Geröllhaufen, der wenigstens zwei Meter hoch ist. Überall wird fieberhaft gearbeitet um die Verschütteten herauszubuddeln.“¹¹⁾

Ein weiteres schweres Bombardement sollte die Dirminger aber noch einmal aufschrecken. Am 12. März 1945, am Nachmittag gegen 17:00 Uhr, legten offensichtlich amerikanische Jagdflugzeuge, die vorwiegend mit Splitterbomben bestückt waren, mehrere Bombenteppiche über das Dorf.

Nicolaus Didas schrieb dazu: „Einer von ihnen lag mit seinem Kern in der Hintergasse, etwa bei dem Hause des Metzgers Aichner. Er hat entsetzliche Verheerungen angerichtet, viel schlimmer wie diejenigen vom 11. Mai. Viele Häuser hier total zerstört.“¹²⁾

Fünf ortsansässige Personen, Jakob Herz (52), Mathias Dietzen (43), Frieda Mayer (29), Marga Diehl (6) und Wilhelm Mayer (1 Jahr) waren zu Tode gekommen und derart viele Behausungen beschädigt, dass die Gesamtzahl der teilweise zu Bruch gegangenen Wohnhäuser auf annähernd 250 angestiegen war. Damit war Dirmingen zur meistzerstörten Landgemeinde im Landkreis Ottweiler geworden.¹³⁾

Das Ende dieser fürchterlichen Bomben-Angriffe war damit aber noch nicht erreicht. Drei Tage später, am 15. März, war Habach das Ziel von acht Thunderbolt P-47 D Kampfflugzeugen. Sie waren um 7:10 Uhr in St. Dizier im Nordosten Frankreichs gestartet und warfen um 8:50 Uhr 16 RDX Sprengbomben vom Kaliber 250 kg aus einer Höhe von 1400 m bei klarem Wetter und ungehinderter Sicht auf das Dorf. Dabei kamen zehn Ortseinwohner zu Tode.



Die einsitzige Thunderbolt P-47 D war das meistgebaute US Jagdflugzeug

9) Ebd. S. 93 f.

10) Landesvermessungsanstalt des Saarlandes: Dokumentation von Kriegsereignissen 1939-1945. Saarbrücken 1983. Karte 6508-Ottweiler-Dirmingen.

11) Schäfer, Franz Josef: Aus der Chronik der Pfarrei „St. Wendalinus“ Dirmingen, verfasst von Pfarrer Didas. In: Eppelborner Heimathefte Nr. 12, 2005, S. 55 f.

12) Schäfer, Franz Josef: Aus der Chronik der Pfarrei „St. Wendalinus“ Dirmingen, verfasst von Pfarrer Didas. In: Eppelborner Heimathefte Nr. 12, 2005, S. 70.

13) Scholtes, Aloysius: Fliegerangriffe auf den Raum Eppelborn im Zweiten Weltkrieg. In: Eppelborner Heimathefte Nr. 6, 1993, S. 90.

Im völlig zerstörten Haus des 78jährigen Witwers Peter Meyer starben die 41jährige Barbara Heckmann, deren sieben Monate alte Enkelin Ingeborg Thewes und der Hausherr.

Im Hause der Eheleute Nikolaus und Maria Ziegler, ebenfalls vollständig zerstört, starben sieben minderjährige Kinder. Helene (17 Jahre), Monika (13), Hedwig (9) und Erwin Ziegler (5), Nachkommen der genannten Eheleute, die Schwestern Renate (6) und Ilse Naumann (3) und das Flüchtlingskind Leoni Rupp (6).

Außer den beiden zerstörten Häusern wurden zwei durch Bordwaffen in Brand geschossen. Von der oberen Mittelstraße an aufwärts, sowie im Oberdorf waren fast alle Häuser beschädigt.

Seit dem 24. Januar 1945 befand sich der Gefechtsstand des zur Heeresgruppe G gehörenden 85. Armee-Korps, dem die im Großraum Saarlouis operierende 719. und 347. Infanterie-Division unterstellt waren, in einem Bunker in Habach, das somit zum Angriffsziel geworden war. Im Dorf selbst waren die Schreibstube, die Nachrichtenabteilung mit der Funkzentrale sowie die Quartiere der Offiziere des Stabes, darunter der kommandierende General der Infanterie Baptist Knieß in Privathäusern untergebracht.¹⁴⁾

Opfer durch Bordwaffenbeschuss

Außer durch detonierende Bomben kamen mehrere Menschen aus den Dörfern der Gemeinde auch durch Beschuss mit Bordwaffen zu Tode.

Am 13. Januar 1945, zehn Jahre nach der Volksabstimmung, wurde die Grube Göttelborn von mehreren Jagdbombern der amerikanischen Luftwaffe angegriffen und mit Bordwaffen beschossen. Bei diesem Angriff wurden 16 Bergarbeiter, darunter Ferdinand Bastuck, Philipp Maurer, Peter Hoffmann, Josef Monz, Josef Kallenborn und Peter Paulus aus Wiesbach, und Adolf Scherer und Nikolaus Bermann aus Humes tödlich verletzt.¹⁵⁾

Veronika Engel und deren Nichte Erika Spaniol aus Eppelborn wurden am 15. März 1945 in der Schloßstraße und Josef Resch, ebenfalls aus Eppelborn, am 16. März 1945 durch Bordwaffenbeschuss getötet.¹⁶⁾

Großes Glück hatte dagegen der Landwirt Nikolaus Ziegler aus Wiesbach. Er war Ende 1944 mit einem Pferdegespann auf dem Weg Richtung Humes als er von Jabos angegriffen und beschossen wurde. Seine Pferde wurden getötet und der Wagen zerstört, er aber konnte den Angriff unbeschadet überstehen. Aus Dankbarkeit errichtete er später an gleicher Stelle ein Wegekreuz, das aber vor einigen Jahren abgetragen wurde.¹⁷⁾

Flugzeugabstürze in Eppelborn und Wiesbach

Am 12. Oktober 1944, gegen 10:00 Uhr am Vormittag, kollidierte bei einem Angriff auf den Eppelborner Bahnhof ein amerikanisches Kampfflugzeug vom Typ Thunderbolt P-47, dessen Pilot es versäumt hatte nach dem Sturzangriff seine Maschine rechtzeitig

14) Brill, Emil / Bonner, Willibald: Familienschicksale in Habach. Eppelborn 2003, S. 78 f. Siehe auch: Wilhelm, Horst: Luftkrieg über der Saar 1939-1945. Merchweiler 2004, S. 105.

15) Saarbergwerke: Bergwerk Göttelborn, Vergangenheit und Gegenwart, 1887 bis 1977. S. 35. Siehe auch: Müller, Rainer / Staerk, Dieter: Quierschied, die Gemeinde im Saarkohlenwald. Quierschied 1998, S. 335.

16) Schmitt, Bernhard: Eppelborn, Geschichte der Pfarrei. Eppelborn 1964, S. 90. Siehe auch: Kuberek, Mathilde: Krieg und Kriegsende in Eppelborn miterlebt. In: Eppelborner Heimathefte Nr. 7, S. 126.

17) Tinnes, Erich: Ortsgeschichte von Wiesbach, Band 2. Mandelbachthal 1988, S. 36.

70 Jahre Gesundheitspädagogik für Mutter und Kind im Landheim Wiesbach (1931-2002)

Hans Peter König

Es ist eine spannende Geschichte, welche enormen gesundheitspädagogischen Leistungen im Landheim Wiesbach von 1931 bis 2002 erbracht wurden. Sowohl die Kaiserswerther Schwestern mit ihrer Reformpädagogik der „Landheim-Bewegung“, sowie die Evangelische Frauenhilfe, die als Gründungsmitglied des Müttergenesungswerks Anfang der 60er Jahre die neuartige „Mutter-Kind-Kur“ entwickelte, als auch die Zwick-Gruppe, die ab 1993 mit der „Mutter-Säuglings-Kur“ bundesweit Neuland betrat, haben Pionierarbeit geleistet. Das Haus war zuletzt in Konzeptentwicklung und Evaluation mehrjährig federführend in ein Forschungsprojekt der Medizinischen Hochschule Hannover eingebunden. Wiesbach war sehr erfolgreich, scheiterte als privates Haus aber letztlich an der Budgetierung der Gesundheitsreform 1999.

So fing es an: Eine Mühle im Wiesengrunde

1690 wird erstmals eine Mühle am Ortsausgang Wiesbach in Richtung Habach erwähnt. Sie stand unterhalb der jetzigen Gebäude, direkt am Bach. Wiesbach gehörte zu dieser Zeit zum Herzogtum Lothringen. Johann Kiefer wird als erster Müller erwähnt. Die Mühle war eine Bannmühle. Die Bauern aus Wiesbach und der näheren Umgebung waren zum Mahlen ihres Getreides an die zugewiesene Mühle „gebunden“ oder „gebannt“. Das garantierte dem Müller ein sicheres Einkommen. Jedoch begrenzte die Wasserführung des Wiesbachs die Größe der Mühle. Im Zuge der französischen Revolution 1793 kam es zur Aufhebung des Bannrechts. Die Besitzer wechselten in der Folgezeit oft.

Der letzte Müller war der Berufsmüller Reinhold Mernke, der aus Magdeburg stammte und 1909 die Mühle erwarb. Er vergrößerte und modernisierte das Anwesen. Zunächst erhielt die Mühle eine Wasserturbine, dann eine Dampfmaschine und schließlich kamen Dieselmotoren zum Einsatz.

Mernke baute eine große Dampfbäckerei oberhalb der Mühle und 1917 ein prächtiges Wohnhaus im Jugendstil, das heutige Landheim. Nach mündlicher Überlieferung versorgte er mit seiner Großbäckerei das deutsche Heer an der Westfront. So erreichte er schnellen Wohlstand. „Die Kundschaft vermehrte sich und der Betrieb ruhte weder Tag noch Nacht“ schreibt Nikolaus Schmitz in seiner Wiesbacher Ortsgeschichte. Das villenähnliche Landhaus zeigt einige schöne Merkmale des damals vorherrschenden Baustils, des Jugendstils. Das Dach biberschwanzgedeckt mit markanten, gerundeten Dachfenstern, der Erkerraum mit geriffelten Sandsteingewänden und Rosen-Rosetten in Sandstein gemeißelt.



Reinhold Mernke

Auch die Innenräume zeugten vom gewonnenen Wohlstand. „Eigenes elektrisches Licht, herrschaftliche Wohnräume mit den teuersten Möbeln und Teppichen, eigene Hauslehrerinnen und Köchinnen, Müller und Bedienstete, Bäcker und Bäckerei, Lastwagen und vieles mehr dürfen hier angeführt werden“, so Schmitz.



*Innenaufnahme der
Villa Mernke*

Landheim Frauenhilfe – Die „Kaiserwerther Schwestern“ und die Reformpädagogik

Die schlechte Nachkriegszeit mit Inflation und Wirtschaftskrise ließen dem schnellen Aufstieg den Niedergang folgen. 1928 war das Ende der Wiesbacher Mühle gekommen. Mernke verkaufte, die Familie verließ Wiesbach. Der Saarverband der Evangelischen Frauenhilfe erwarb das Haus, um ein Erholungsheim für Frauen und Mütter mit ihren Kindern zu schaffen.



Das Landheim Frauenhilfe am Tag der Eröffnung

1931 wurde das „Landheim Frauenhilfe“ eröffnet, „daß wir den diakonischen Auftrag, dienender Liebe zu hören und auszurichten bemüht sind“, so die Vorsitzende der Evangelischen Frauenhilfe Ida Obenauer.

Der Name des Hauses „Landheim“ war auch Programm. Er knüpfte an die reformpädagogische „Landheimbewegung“ der 20er Jahre an: Eine ganzheitliche Bildung, körperliche, emotionale und intellektuelle Entwicklung wurde angestrebt. Ein neues Frauenbild und damit verbunden eine neue Pädagogik des Kindes wurden im Landheim Wiesbach umgesetzt.

Diese Pädagogik verfolgte eine neue Sichtweise „aus dem Kind heraus“. Verzicht auf Züchtigung, die mit der damaligen Rohrstockpädagogik brach, hin zu einer „neuen humanistischen Sichtweise“ (vgl. Grunwald).

In einem Landheim finden sich folgende Merkmale:

1. **Leben in der Natur:** Landheime liegen in ländlichen und natürlichen Gebieten, um die Verbindung zur Natur zu fördern.
2. **Ganzheitliche Bildung:** Die Bildung umfasst auch praktische und körperliche Aktivitäten.
3. **Gemeinschaft und soziales Lernen:** Die Gemeinschaft im Landheim fördert das soziale Lernen und die Zusammenarbeit. Die Reformpädagogik zielt darauf ab, selbständige, verantwortungsvolle und kreative Menschen zu unterstützen. Durch die Kombination aus Lernen, Leben in der Natur und Gemeinschaft soll umfassende Bildung angestrebt werden (Lietz 1920).

Das Spektrum und der Tenor der Bildungsveranstaltungen wurden an verschiedenen Vortragsthemen erkennbar, so etwa: – Die evangelische Frau in der Not der Gegenwart – Freidenkertum und Gottesbewegung – Was bedeutet uns der Name Evangelische Frauenhilfe – Neue Erziehung – Kind im Mittelpunkt. Der Dirminger Pfarrer Wilhelm Engel engagierte sich stark in der Bildungsarbeit. Ausschließlich Pfarrer der bekennenden Kirche, die eindringlich vor den Gefahren des Nationalsozialismus warnten, wurden nach Wiesbach eingeladen (Schäfer, 2018).

Neben der Müttererholung wurden Freizeiten angeboten, vor allem als Rüstzeiten und zur Vorbereitung auf Aufgaben in der Frauenhilfe der Gemeindegarbeit.

Das Haus umfasste in dieser Zeit 15 Zimmer für 26 Frauen und Mütter. Ab 1932 wurden auch Mütter **mit** ihren Kindern aufgenommen. Im März 1935 konnte der tausendste Gast begrüßt werden.

Für den Betrieb des Hauses wurde mit den „Kaiserswerther Schwestern“ ein Gestellungsvertrag abgeschlossen.

Zwei Diakonissinnen übernahmen die Leitung des Hauses.



Das Landheim in den 30er Jahren

Die Diakonissinnen von Kaiserswerth

Die Diakonissinnen von Kaiserswerth sind eine evangelische Gemeinschaft, die im 19. Jahrhundert von Theodor Flitner gegründet wurde. Die Gemeinschaft hat ihren Sitz in Kaiserswerth bei Düsseldorf. Sie widmen sich in diakonischem Auftrag um Frauenbildung. Sie orientierten sich am modernen Frauenbild der Reformpädagogik. Die Diakonissinnen trugen eine traditionelle Tracht als Zugehörigkeit zur Gemeinschaft. Die Tracht bestand aus einem einfachen Kleid, dunkelblau oder schwarz. Das Kleid war lang und hatte eine Schürze. Die Haube weiß mit festgelegter Form. Die Schürze war ein wichtiges Teil und symbolisierte die Bereitschaft zu Arbeit und Dienstleistung. Ein Kreuz war Teil der Tracht, um die religiöse Zugehörigkeit und Hingabe an den Dienst zu symbolisieren.



Diakonissinnen von Kaiserswerth in ihrer Tracht, Selbstversorgung war fester Bestandteil des Hauses



Der 1955 errichtete Erweiterungsbau

Die Gemeinschaft der Diakonissinnen war kein traditioneller Orden im katholischen Sinn, sondern eine protestantische Gemeinschaft, die sich der Diakonie, der Frauenbildung und der sozialen Arbeit widmete. Sie lebten in einer Form des Zölibats, jedoch nicht unbedingt lebenslang. Einige lebten in Ehelosigkeit, während andere verheiratet waren.

1955 konnte ein Erweiterungsbau eingeweiht werden. Nun hatte man 30 Zimmer.

Die durch Spenden und Zuschüsse der Evangelischen Kirche finanzierte Arbeit wurde jedoch immer schwieriger. So wurde Anfang der 60er Jahre ein neuer Weg beschritten: Mutter-Kind-Kuren nach dem Konzept des Müttergenesungswerks.

Die neuartigen Mutter-Kind-Kuren des Müttergenesungswerks

Die evangelische Frauenhilfe ist Gründungsmitglied des Müttergenesungswerks der Elly Heuss Knapp Stiftung. Im Nachkriegsdeutschland gab es zwar Erholungskuren für Erwerbstätige aber nicht für Mütter, die ja nur Zuhause die Kinder versorgten.

Die Stiftung entwickelte Ende der 50er Jahre ein ganzheitliches Konzept für stationäre Mutter-Kind-Kuren. Dieses Konzept fand schon in der Entstehungsphase den Weg nach Wiesbach. Ab 1961 wurden die Kuren angeboten. Ein Vertrag mit dem Müttergenesungswerk wurde abgeschlossen. Nun wurden eine Psychologin, eine Sozialarbeiterin und eine Kurleiterin als Leitungskräfte eingestellt. Die medizinische Versorgung erfolgte durch Konsiliarärzte aus Wiesbach und Eppelborn.

Das Haus wurde erweitert und modernisiert. Eine neue Bäderabteilung entstand. Die alte Mühle wurde 1965 abgerissen, das Außengelände wurde erweitert. Die vielen Quellen des Wiesengrundes wurden zu einem Weiher gefasst. Eine Liegehalle im Park entstand. Spazierwege in der Talau und zum nahen Döllwald wurden angelegt. 1966 wurde ein Therapie-Schwimmbad mit Wassertretanlage und Sauna errichtet. Das Haus erhielt einen Aufzug. 1972/73 folgten Vergrößerungen von Speisesaal und Clubraum. Es gab nun vier Aufenthaltsräume, einen Andachtsraum und einen großen Speisesaal.

Die Kuren basierten nun auf einem ganzheitlichen frauenspezifischen Ansatz. Dabei lag der Fokus weniger auf einzelnen Symptomen und Leiden als „vielmehr auf den Systemkonstellationen und deren vielschichtigen Ursachen. Körperliche, psychische und soziale Aspekte von Krankheiten und Beschwerden werden integriert behandelt. Die gesamte Lebenssituation der Frau ist Ausgangspunkt aller medizinischen und therapeutischen Maßnahmen. Die



Das 1966 erbaute Therapie-Schwimmbad

Die Frauen sollen durch die Therapien in die Lage versetzt werden, Zusammenhänge zwischen den belasteten Lebensumständen und ihren Erkrankungen zu erkennen. Ziel ist es, sie bei der Entwicklung eines positiven Gesundheitsbewusstseins zu unterstützen“, so aus dem Konzept der Einrichtung (Konzept Wiesbach 1964).

In den Kuren wurden zusätzlich die Erkrankungen des Kindes vorbeugend und rehabilitativ behandelt. Die Kinder wurden medizinisch versorgt und betreut. Gründe für Mutter-Kind-Maßnahmen lagen auch dann vor, wenn die Trennung von Mutter und Kind nicht zumutbar war oder es keine andere Unterbringungsmöglichkeit gab. Im Landheim wurden „Spielzimmer“ mit pädagogischer Betreuung eingerichtet.

Der Brühlpark in Dirmingen

Frank Klein

Im Ortszentrum von Dirmingen, am Zusammenfluss von Ill und Alsbach, liegt der Brühlpark. Der Flurname „Brühl“ deutet auf einen „feuchten, bewachsenen Ort“ oder eine „bewässerte, buschige Wiese“ hin. Im Laufe der Jahre entstand im Brühl ein multifunktionaler Erholungspark, in dem die Menschen sanften Tourismus und Naherholung genießen können.

Die Ill gab unserer Region den Namen und brachte mit ihrem Wasser den Bewohnern bei der täglichen Arbeit gewisse Erleichterungen und einen bescheidenen Wohlstand.

Der Bach ist vermutlich auch der Grund dafür, dass sich unsere Vorfahren und Urahnen genau an dieser Stelle niederließen und ein Dorf gründeten. Ein dicht bewaldetes Land mit genügend Wasser, in einem Tal gelegen und umgeben von Bergen, lud zum Bleiben ein.

Die Kelten gaben der Ill ihren schönen Namen. Nach dem hochgelegenen Quellgebiet verliert die Ill in ihrem Lauf schnell an Höhe. Dadurch bekommt der Bach eine relativ hohe Fließgeschwindigkeit. Dies könnte zur Folge gehabt haben, dass die Kelten der Ill den Namen „llara“, die Eilige, gaben.

Jahrhundertlang mussten die Menschen ihre schmutzige Wäsche öffentlich, an einem Bach oder an eingefassten Waschplätzen waschen. Erst im 17. Jahrhundert wurde es üblich, in bürgerlichen Häusern Waschküchen einzurichten. Das Wäschewaschen am Bach oder Fluss wurde in vielen Regionen der Welt praktiziert. Es war eine anstrengende Handarbeit, die oft über Tage hinweg andauerte und sich an einen festen zeitlichen Rhythmus anlegte. Die Frauen wuschen in kleinen zusammengelegten Haushalten ihre Wäsche. Die Wäsche wurde auch zu kälteren Jahreszeiten im eiskalten Wasser durchgeführt. Sie wurde an den Ufern gewaschen und dann auf der Bleiche zum Trocknen ausgelegt.

Am Abend vor dem Waschtage holten die Frauen in Dirmingen zunächst einmal ein paar Eimer Wasser aus der Ill. In großen Bottichen und Trögen wurde die Wäsche über Nacht eingeweicht. Auf großen Schubkarren oder Heuwagen wurden die Wäschekörbe dann zum Bach transportiert. Damit beim Spülen die Wäsche nicht durch den Schlamm gezogen werden musste, wurde das Bachbett etwas vertieft und mit Spülsteinen ausgelegt. Besonders verschmutzte Stellen wurden am Illufer mit Seife eingerieben und gereinigt.

Die Ill war Lebensader und wichtiger Bestandteil bei der Entwicklung unseres Dorfes. Durch das gemeinsame Wäschewaschen wurde schon recht früh Austausch und Gemeinschaft gepflegt. Während der Arbeit wurden Geschichten erzählt, Ratschläge gegeben und ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt.

Im Laufe der Jahrhunderte wurde der Brühl auf vielfältige Weise genutzt. Die Fläche, ursprünglich Acker- oder Weideland, wurde später auch zur sportlichen Betätigung oder zur Ausrichtung von Festen verwandt. Im Jahre 1911 scheiterte das Vorhaben des TV 04 Dirmingen im Brühl einen Turnplatz anzulegen, einige Jahre später auch der Bau einer Turnhalle. Allen Widerständen zum Trotz betreibt der Turnverein Dirmingen dennoch über viele Jahrzehnte hinweg seinen Trainings- und Übungsbetrieb im Brühl und in der benachbarten Flur „im Hap“. Neben dem Turnen und der Leichtathletik wurde Schlagball, Faustball und Schleuderball gespielt.



Die Dirminger Ortsmitte vor 1945

Beim Jahrhunderthochwasser im Saarland Ende Dezember 1947 waren auch Ill und Alsbach wegen Dauerregen weit über die Ufer getreten. Die komplette Ortsmitte stand damals unter Wasser. Die Menschen mussten auf schmerzhaft Weise erfahren, dass die beiden Bäche dem Dorf nicht nur Vorteile, sondern auch erhebliche Probleme bringen konnten.

Im Jahre 1951 wurde die Mündung des Alsbaches in die Ill reguliert und in den Brühl verlegt. Bis zu diesem Zeitpunkt verlief das Fließbett des Alsbaches neben der evangelischen Kirche und mündete neben der Firma Höll in die Ill.

Etwa zur gleichen Zeit wurde im Brühl ein Sportplatz erbaut. Im Jahre 1954 bestritt der TV 04 Dirmingen vor 1500 Zuschauern ein Entscheidungsspiel im Feldhandball gegen den Rivalen aus Uchtelfangen. Die Dirminger Handballer konnten dieses besondere Spiel für sich entscheiden.



*Der Sportplatz im
Brühlpark*

Der SV Dirmingen wurde im Jahre 1965 Meister seiner Spielklasse und absolvierte gemeinsam mit dem TV 04 Dirmingen auf dem Sportplatz im Brühl seine Heimspiele. In den 1950er und 1960er Jahren prägte die Arena im Brühl das sportliche Geschehen in Dirmingen. Dabei profitierten die beiden Vereine, der SV Dirmingen und der TV 04 Dirmingen, von der günstigen Lage des Sportplatzes im Ortszentrum.

Nach dem Bau der neuen Sportplatzanlage auf dem Belker im Jahre 1974 und dem starken Aufkommen des Hallenhandballs beschloss man den früheren Sportplatz im „Brühl“ zu einem Freizeit- und Erholungspark umzubauen. Der Brühlpark als Ort der Erholung wurde, in seiner heutigen noch erkennbaren Form, vom Heimat- und Verkehrsverein Dirmingen erbaut. Nach einer Eineinhalbjährigen Bauzeit wurde der Park am 30.08.1975 eröffnet. Damals wurde ein Kinderspielplatz angelegt, ein neuer Rasen mit Blumen bepflanzt, Bänke und Lampen installiert.

Der Heimat und Verkehrsverein Dirmingen veranstaltete im Jahre 1979 das erste Parkfest im Brühlpark. Es folgten ein großes Pfadfindertreffen der hiesigen katholischen Pfarrgemeinde und ein überregionales Western-Fest. Bis in die 1980er Jahre wurde der Park immer wieder durch Festaktivitäten wie das „Dirminger Volksfest“ oder das „Parkfest“ genutzt. Die einheimische Bevölkerung genoss die Vorzüge der schmucken Parkanlage in der Ortsmitte.

Der Vereinsring Dirmingen erbaute in den 1980er Jahren eine Minigolfanlage im Brühlpark. Mit dieser Anlage sollte der Park eine weitere Aufwertung erfahren. Die Minigolfanlage bestand aus 18 Bahnen die jeweils 12 m lang und 1,25 m breit waren. Ziel des Spiels war es, den Ball mit Hilfe eines Schlägers mit möglichst wenigen Versuchen in das Loch des Zielkreises zu bewegen. Neben der Minigolfanlage wurde eine Holzhütte für den laufenden Geschäftsbetrieb erbaut. Im Laufe der Jahre gab es immer wieder Beschwerden wegen unzureichender Pflege und mangelhafter Unterhaltung der Anlage. Auf Initiative des Heimat- und Verkehrsvereins Dirmingen schloss die Gemeinde am 21.07.1986 einen Werkvertrag mit einem Dirminger Bürger, der die Anlage regelmäßig mähen und pflegen sollte. Über viele Jahre bereicherte die Minigolfanlage im Brühlpark das Ortszentrum. Irgendwann verschwand jedoch das Interesse der Bevölkerung am Minigolf. Ende der 1980er Jahre wurde die Anlage geschlossen und später vollends entfernt.



*Die Minigolfanlage
im Brühlpark*

Der Brühlpark entwickelte sich in den 1990er Jahren vom Vorzeigemodell zum Sorgenkind. Vandalismus und Umweltverschmutzung sorgten immer öfter für Ärger in der Bevölkerung. Zu dieser Zeit wurde der Zweckverband Illrenaturierung gegründet. Mit diesem Schritt sollte die Umgestaltung der Ill und ihrer Nebenbäche vorangetrieben werden. Nachdem die Gemeinden Eppelborn, Illingen, Marpingen, Merchweiler, Tholey, die Stadt Lebach und die Naturlandstiftung Saar den Zweckverband Natura Ill-Theel gegründet hatten, hofften viele auf eine Aufwertung des Brühlparks.

Im Jahr 1992 wurden die Ill und ihre Nebenbäche in ein Förderprogramm des Bundes für gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzgroßvorhaben aufgenommen. Mit der Illrenaturierung sollte die Landschaft um die Ill so naturnah wie möglich umgestaltet werden. Ziel war es außerdem, verloren geglaubte Tierarten wieder anzusiedeln. Im Jahre 1994 gelang die „Wiedereinbürgerung“ des Bibers. Heute ist er im Illtal längst heimisch geworden und fühlt sich auch an den Ufern von Ill und Alsbach sichtlich wohl. Im Jahre 2009 erklärte der Zweckverband Illrenaturierung seine Tätigkeit bezogen auf die Ill und ihre Nebenbäche für abgeschlossen. Fauna und Flora hatten sich bis dahin gut erholt. Der Natur, um den Zusammenfluss von Ill und Alsbach, geht es heute wieder gut.



Der Brühlpark im Sommer 2022

Der Brühlpark selbst blieb zunächst aber das Sorgenkind der Bevölkerung. Bis zur Jahrtausendwende wurde immer wieder mit mehr oder weniger Erfolg versucht, das Image des Parks aufzuwerten. Grillhütten wurden erbaut, Bänke aufgestellt und Blumen angepflanzt. Nach der Jahrtausendwende wurden zudem wieder verstärkt dörfliche Aktionen durchgeführt. Mit Hilfe des Dirminger Kulturvereins wurden Blumenbeete angelegt und Flächen kultiviert. Im Jahre 2019 wurde unter Ortsvorsteher Manfred Klein die Sanierung des Brühlparks forciert. Ziel war es mit Bundes- und Landesmitteln sowie entsprechenden Fördermaßnahmen eine großflächige Sanierung des Brühlparks umzusetzen. Die Umbaumaßnahmen sollten mit einem großen Park- und Strandfest eingeleitet werden. Im Rahmen dieser Planungen wurde im Brühlpark ein Strand hergerichtet. Mit diesem kleinen Strand sollte das Verhältnis der Menschen zu der Natur gestärkt werden.